Landsleute, helft Bezieher für das „Ostland“ werben! „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!“

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E.V., Bln.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 6. | Berlin, 5. Februar 1932. | 13. Jahrg.

Freiheitskampf oder Eroberungskrieg?

Im Mai letzten Jahres ist unter dem Titel: „*Erinnerungen und Beiträge zur Geschichte des 3. oberschlesischen Aufstandes*“ ein Buch erschienen, das wegen der Person seines Verfassers, des Grafen *Mielzynski*, eines preußischen Oberstleutnants d. R., besondere Beachtung verdient. Mielzynski, der schon im *Posener Aufstand* 1918/19 an führender Stelle gestanden hatte, ist bis Ende Mai 1921 unter dem Decknamen Nowina Doliva der militärische Oberbefehlshaber der polnischen Truppen im 3. oberschlesischen Aufstand gewesen. Er entstammt einer angesehenen *polnischen Adelsfamilie der Provinz Posen*, hatte vor dem Kriege durch eine Ehetragödie (er erschoß seine Frau und seinen Neffen) von sich reden gemacht und, vor Beendigung seiner Strafe begnadigt, im Kriege auf deutscher Seite gekämpft, wobei er den Gedanken vertrat, daß das wiedererstandene Polen als Monarchie unter einem Hohenzollernprinzen eng an Deutschland angeschlossen werden müsse. (!) Nach dem Sturz der Mittelmächte paßte er sich der neuen Konjunktur an und rehabilitierte sich vor seinen Standes- und Volksgenossen, die ihn wegen der Eheaffäre und seiner „deutschfreundlichen“ Gesinnung gemieden hatten, durch seine führende Beteiligung an den Aufständen in Posen und Oberschlesien. Es ist übrigens bemerkenswert, daß sich dieser „bewährte“ Aufstandsführer vor ein oder zwei Jahren *auf dem Gute Klein-Golmkau, hart an der Grenze der Freien Stadt Danzig, niedergelassen* hat.

Mielzynski hat mit seinem Buche offenbar zwei Dinge klarstellen wollen: 1. daß er und seine Mitarbeiter — und nicht Korfanty und dessen Kreis — die hauptsächlichsten Träger des dritten, das Schicksal des Landes entscheidenden oberschlesischen Aufstandes gewesen sind, und 2. daß der Aufstand keine von Polen getragene Aktion, sondern eine spontane Bewegung des oberschlesischen Volkes gewesen ist. Mielzynski hat damit zwei Behauptungen nebeneinander gestellt, von denen die eine die andere ausschließt. Denn wenn er nachweist, daß ihm und seinen militärischen Mitarbeitern das Hauptverdienst am Gelingen des Aufstandes zufällt, dann weist er damit zugleich nach, daß die Hauptträger des Aufstandes nicht die Oberschlesier selbst gewesen sind; denn Mielzynski ist ebenso wie der größte Teil der militärischen Aufstandsführer *kein* Oberschlesier gewesen. „Die Deutschen behaupten zu Unrecht“, sagt er, „daß der Aufstand das Werk der polnischen Regierung gewesen sei, daß die Aufstandsführer ihre Organe gewesen seien. Sie identifizieren tendenziös die Rolle der Regierung mit der Reaktion der polnischen Gesellschaft.“ Während nämlich, so sagte er, die Warschauer Regierung mit Rücksicht auf ihre internationalen Verpflichtungen eine Förderung der Aufstandsbewegung abgelehnt habe, sei es klar, „*daß die polnische Gesellschaft nicht untätig auf das Geschick des schlesischen Volkes habe blicken können und sich durch keinerlei diplomatische Rücksichten habe behindern lassen.*“ Das ist ein Spiel mit Worten. Denn schließlich sind ja die Männer, die hohe Regierungsbeamte oder Militärs sind, *auch* Glieder der „polnischen Gesellschaft“. Wenn diese Männer sich nicht nur als Amtspersonen, sondern auch als Teile der „polnischen Gesellschaft“ jeder Beteiligung am Aufstande enthalten hätten, dann hätte dieses Wortspiel einen Sinn. Es ist verständlich, daß sich die Polen bemühen, den Aufstand als eine gegen Deutschland gerichtete Freiheitsbewegung hinzustellen, an der Polen selbst angeblich nur verschwindend geringen Anteil genommen hat, und daß in diesem Sinne auch Mielzynski behauptet, das oberschlesische Volk sei in seinem Kampf „von kaum ein paar hundert Freiwilligen von jenseits der Grenze unterstützt“ worden. In Wirklichkeit ist es freilich ganz anders gewesen. Die polnische Regierung hat nichts getan, um die Vorbereitung des Aufstandes auf polnischem Staatsgebiet zu verhindern. Noch mehr: Sie hat den politischen Führer der Aufstandsbewegung, Albert Korfanty, auf den Posten des polnischen Plebiszitkommissars für Oberschlesien berufen; es ist eine zynische Verhöhnung des Auslandes, wenn die Regierung ihren Beauftragten, nachdem er seine Aufgabe erfüllt hat, dieses amtlichen Postens entkleidet, weil er — „den bewaffneten Aufstand nicht verhindern konnte“. Fest steht auch, daß die polnische Heeresleitung *ganze Truppenteile „beurlaubt“, über die Grenze ins Abstimmungsgebiet geschickt und an den Kämpfen hat teilnehmen lassen.* Fest steht weiter, daß die polnische Regierung unter der Hand die nötigen *Waffen* geliefert hat, die in der erforderlichen Menge weder aus den Beständen der französischen Besatzungstruppen, noch aus den erbeuteten deutschen Beständen, noch durch die Sammeltätigkeit der „Schlesischen Komitees“ in Polen beschafft werden konnten, — während auf seiten des deutschen Selbstschutzes so empfindlicher Waffenmangel herrschte, daß die deutschen Formationen noch beim Sturm auf den Annaberg keine Maschinengewehre und nur für jeden zweiten oder dritten Mann ein Gewehr besaßen und ihren Waffenbestand erst im Laufe des Kampfes mit erbeuteten polnischen Stücken auffüllen konnten. Fest steht schließlich, daß *über die Grenze zwischen dem Abstimmungsgebiet und Polen*, die nach Mielzynski „hermetisch geschlossen“ gewesen sein soll, ein *völlig unbehinderter, weder von Warschau noch von den Franzosen gestörter Verkehr geherrscht* hat, daß z. B. die aus Oberschlesien kommenden Aufständischen nach Polen gezogen, dort militärisch ausgebildet und dann wieder in ihre Heimat zurückgeschickt worden sind. Die militärische Zentralleitung des Aufstandes hat sich auf staatspolnischem Gebiet befunden, und die polnische Regierung hat niemals Anstalten getroffen, die Tätigkeit dieser Leitung lahmzulegen oder zu hindern. Mielzynski sagt selbst: „*Die Vorbereitung des Aufstandes konnte nur außerhalb des Abstimmungsgebietes geschehen, also in Polen.*“ Wenn er dann hinzufügt, daß diese Vorbereitung „auch auf polnischem Gebiet nur geheim durchgeführt werden“ konnte, weil „politische Gründe der polnischen Regierung die Hände banden“, so heißt das nicht etwa, daß die Regierung sich nicht an der Vorbereitung beteiligt hätte, sondern nur, daß sie den Schein wahren und, vor allem mit Rücksicht auf die mißtrauischen Engländer, dafür Sorge tragen mußte, daß ihr eine Beteiligung nicht nachgewiesen werden konnte.

„Als ich den Oberbefehl über die Aufstandsgruppen übernahm“, schreibt Mielzynski, „war ich der Regierung gegenüber ungehorsam; aber ich weiß, daß ich der Stimme der ganzen Nation folgte.“

Auch General Zeligowski war „ungehorsam“ gegen die Regierung, als er seinen Handstreich auf Wilna ausführte — und er hatte doch im Auftrag dieser selben Regierung gehandelt! Der dritte Aufstand ist in Wirklichkeit kein Aufstand mehr gewesen; er war ein Feldzug Polens gegen Oberschlesien. Die ersten beiden Aufstände hatten nicht zum Ziele führen können, weil sie von Korfanty ohne die starke militärische Hilfe von staatspolnischer Seite unternommen worden waren, die dann beim dritten „Aufstand“ zur Verfügung stand.

Korfanty hätte das Land niemals mit den heimischen polnisch gesinnten Kräften, auf die er sich in erster Linie stützte, — selbst mit französischer Hilfe nicht — von Deutschland losreißen können. Erfolg konnte seine Arbeit nur haben, weil ihm Polen eine Armee zur Verfügung stellte, weil seine mehr diplomatische Tätigkeit, die er vom Lomnitz-Hotel in Beuthen aus entfaltete, die militärische Unterstützung gut organisierter und bewaffneter Truppen fand, deren Hauptquartier auf polnischem Gebiet, jenseits der Grenze, lag. Mielzynski sagt selbst, daß die eigentlichen, d. h. die militärischen Führer des Aufstandes „größtenteils nicht in Schlesien geboren waren“; diese Feststellung ist wichtig, denn sie bestätigt, daß der Aufstand keine elementare Erhebung des oberschlesischen Volkes gegen die deutsche Herrschaft, sondern ein polnischer Eroberungskrieg gegen Oberschlesien war, wenn er auch durch einen Teil der Bewohner unterstützt wurde. Mielzynski beweist das noch, indem er die Namen der hauptsächlichen Führer angibt: Er selbst stammt aus Posen; der heutige Kattowitzer Wojewode Grazynski, der unter dem Decknamen „Dr. Borelowski“ Leiter der Organisationsabteilung der „Polnischen Militärorganisation“ und später Stabschef der Gruppe Ost war, ist Galizier; Mielzynski bezeichnet ihn als den „Schöpfer und die Seele der ganzen Organisation der Aufstandstruppen“. Oberst Zenkteller (Deckname: Warwas), der Nachfolger Mielzynskis im Oberbefehl, stammt wie dieser aus Posen, ebenso wie M. Chmielewski (Deckname: Grzymala), der schon am 2. Aufstand teilgenommen hatte und beim 3. Aufstand als stellvertretender Stabschef der Gruppe Ost tätig war; W. Przedpelski (Deckname: Pelczynski), der später gleichfalls stellvertretender Stabschef war, stammt aus Lemberg, und zahlreiche andere mehr; im Mielzynskischen Buche ist z. B. eine Liste von fast 100 akademischen Freiwilligen aus Krakau, Lemberg, Posen und Warschau angeführt, von denen fast keiner Oberschlesier war, fast alle aber bedeutende Posten im Aufständischenheere einnahmen! (Diese nichtoberschlesische Herkunft der polnischen militärischen Führer festzustellen, ist um so wichtiger, als auf deutscher Seite die wenigen höheren Offiziere, die überhaupt im Selbstschutz standen, meist Oberschlesier waren, also um ihre Heimat kämpften: General von Höfer, der Abwehrgruppenführer Nord Oberst Grützner, der Gruppenführer Süd General von Hülsen.)

Im Gegensatz zu den militärischen Aufstandsführern ist Korfanty Oberschlesier. Aus allen polnischen Veröffentlichungen über die Entwicklung in Oberschlesien von 1918 bis 1922 geht hervor, daß zwischen der politischen Aufstandsleitung, die in Korfanty gipfelte, und den militärischen Aufstandsführern weitgehende Meinungsverschiedenheiten bestanden haben. Korfanty vertraute vergebens auf den entscheidenden Sieg in der Volksabstimmung und zu sehr auf die Wirksamkeit seines zermürbenden Terrors und auf die Zugkraft seiner fanatischen Hetze. Die andern vermochten — mit Recht — an einen Sieg mit solchen Mitteln nicht zu glauben, — weil sie im Grunde nicht an die nationalpolnische Gesinnung des Oberschlesiers glaubten; sie wollten daher, wie es in Ostgalizien, in Posen und im Wilnagebiet geschehen war, mit militärischer Gewalt eine vollendete Tatsache schaffen — und zwar nicht durch einen Kleinkrieg, der sich auf heimische Kräfte hätte stützen können, sondern durch eine großangelegte strategische Aktion, zu deren Durchführung Truppen an der polnischen Grenze bereitgestellt wurden. Und als dann die Front zum Stehen kam, als Korfanty den Generalstreik abblies und ganze Scharen von oberschlesischen Aufständischen ihre Truppe verließen und nach Hause gingen, da waren es wieder in erster Linie die landfremden Aufstandsführer, die sich einer Beendigung der Kampfhandlungen widersetzten. „Hier“, so berichtet Mielzynski über seine letzte Unterredung, die er vor dem Losschlagen mit Korfanty gehabt hatte, „hier zeigte sich schlagend die große Divergenz ... zwischen dem Politiker, der nur an den diplomatischen Erfolg glaubte, und den ... Verteidigern Schlesiens, die für Polen das alte polnische Piastenland ... erobern wollten.“ Das Bestreben, das „Verdienst“ des politischen Gegners Korfanty um die Losreißung Oberschlesiens vom Deutschen Reiche zu schmälern, veranlaßt Mielzynski zu einer Darstellung der seinerzeitigen Ereignisse, die beweist, daß den heimischen oberschlesischen Führern eine militärische Aktion polnischer Truppen nicht unbedingt erwünscht war, weil sie wohl schon damals die heutige Entrechtung ihres Landes durch die polnischen Eroberer vorausgesehen haben mögen. In dieser Hinsicht ist eine Stelle aus der Schrift Mielzynskis besonders zu beachten: „Im Laufe dieses Gespräches zeigte sich auch der Kampf der beiden Ideologien Dr. Borelowskis (d. i. Dr. Grazynski) und Korfantys um die grundsätzliche Frage, ob der Kampf, der beginnen sollte und mußte, sich abspielen sollte unter der Losung der Angliederung Schlesiens an Polen ... oder ob mit Rücksicht auf die allgemeine Politik der Alliierten, von denen Polen abhängig war, nicht einstweilen diese Losung vermieden werden müsse. Ich will damit nicht sagen“, fährt Mielzynski ironisch fort, „daß Korfanty ‚separatistische‘ Absichten hegte oder — Gott bewahre! — die Angliederung Schlesiens an Polen nicht wollte. Man kann aber nicht leugnen, daß er dem Ausland gegenüber eine klare Erklärung des Willens des oberschlesischen Volkes betr. die Angliederung Schlesiens an Polen als zunächst nicht aktuell ansah. So ist auch in seinem Aufruf vom 5. Mai keine Rede von der Angliederung Schlesiens an Polen, während ich, im Namen meiner Waffenbrüder sprechend, in meinem ersten Tagesbefehl ausdrücklich betonte, daß wir eine Trennung des schlesischen Landes von dem freien Polen nicht dulden könnten.“

Die Gegnerschaft zwischen der in Korfanty gipfelnden politischen und der von Mielzynski verkörperten militärischen Aufstandsleitung spitzte sich schließlich so zu, daß Korfanty Ende Mai 1921 Mielzynski seines Postens als Führer der Aufstandstruppen entsetzte und den Stab der Gruppe Ost, mit Dr. Grazynski, Przedpelski und Chmielewski, verhaften ließ. Als das geschah, war die Aufgabe der militärischen Aufstandsführer schon gelöst, denn als die Erfolge, die sie hatten erringen können, mit der Erstürmung des Annaberges durch den deutschen Selbstschutz wieder in Frage gestellt wurden, hielten die interalliierten Besatzungstruppen den weiteren deutschen Vormarsch auf. Der Gegensatz Korfanty — Mielzynski hat seine tieferen Ursachen gehabt: Der Oberschlesier fürchtete, die Führung an die landfremden Eroberer aus dem Osten zu verlieren. Der Oberschlesier aber wollte nicht die deutsche Herrschaft abschütteln, um sie gegen eine polnische Fremdherrschaft einzutauschen. Was er damals instinktiv fühlte, ist heute unerbittliche Tatsache geworden. Die Landfremden, die sich in der militärischen Aktion hervorgetan hatten, sind heute die Herren im Lande geworden und haben aus Kongreßpolen und Galizien ein Heer von Gleichgesinnten nachgezogen, die, wie sie selbst, Oberschlesien als ein erobertes Gebiet betrachten und seine Bewohner als Objekte der polnischen Politik behandeln.

*

Der polnische Pakt mit Rußland.

Die Freude, die die polnische Presse zur Schau trug, als kürzlich der Nichtangriffspakt mit Rußland paraphiert wurde, ist inzwischen schon wieder einer nüchterneren Betrachtung gewichen. Man ist sich darüber klar geworden, daß Paraphierung noch nicht Abschluß bedeutet und daß, ehe der Pakt in Kraft treten kann, noch eine Reihe ernstlicher Schwierigkeiten beseitigt werden müsse. Schwierigkeiten ergeben sich zunächst aus der Tatsache, daß die russisch-rumänischen Verhandlungen ins Stocken geraten sind, weil keine Übereinstimmung in der bessarabischen Frage erzielt werden kann; ferner zögert auch die lettische Regierung mit dem Abschluß des Paktes, da sie offenbar nicht ohne die estnische Regierung handeln will, diese aber noch nicht zu einem Entschluß hat kommen können. Da nun das Inkrafttreten des russisch-polnischen Paktes von dem Zustandekommen ähnlicher Rußlandpakte Rumäniens und der baltischen Staaten abhängig sein soll, stellt die „Gaz. Polska“ mit Recht fest, daß noch ein weiter Weg bis zur Unterzeichnung des russisch-polnischen Paktes zurückzulegen sei, und fürchten die Oppositionsblätter noch jetzt ein völliges Scheitern der Bemühungen. Für Deutschland ist die Feststellung besonders wichtig, daß Rußland im Pakt mit Polen keine Garantie der Westgrenzen ausgesprochen hat, daß es Polen nicht gelungen ist, sich zum Führer der baltischen Staaten aufzuwerfen und daß in den Text ein Passus aufgenommen worden ist, demzufolge der Pakt ohne vorherige Verständigung als aufgelöst zu betrachten ist, wenn eine der beiden Parteien eine aggressive Haltung gegen einen dritten Staat einnimmt, wenn also Rußland z. B. die rumänische oder Polen z. B. die deutsche Grenze antastet. In Polen muß man diese Dinge wenn nicht als Niederlage, so doch als recht unangenehme „Schönheitsfehler“ des Paktes empfinden. Zudem hat man nach der ersten Freude auch entdeckt, daß man sich z. T. selber in das Netz verstrickt hat, das man über Deutschland werfen wollte. Denn wenn man sich nun gegen Rußland durch einen Pakt sichert, kann man sich doch wohl auf der Abrüstungskonferenz nicht mehr über „völlig ungesicherte“ Grenzen beklagen, die bisher immer zur Begründung der militärischen Rüstungen herhalten mußten. Aber man zieht sich geschickt aus der Schlinge. Der Krieg in Ostasien (an dem übrigens Frankreich, der Freund und Gönner Polens, gewiß nicht ganz unschuldig ist) — muß nun als Beweis dafür dienen, daß durch Verträge die Grenzen eigentlich doch nicht zu sichern sind. Also ob mit oder ohne Pakt — gerüstet wird doch! Gegen wen? Die Antwort kann man in einem Buch von Hans Nitram finden: „Funkspruch: „Überfall auf Ostpreußen.“

Folgen der Teilung Oberschlesiens.

Zusammenbruch in Ostoberschlesien.

Die größte Schwäche der ostoberschlesischen Industrie ist es, daß sie infolge der geringen Kaufkraft des polnischen Inlandes übermäßig stark auf das Ausland angewiesen, also auf einer schwankenden Exportbasis aufgebaut ist, die bei sinkender Konjunktur im Auslande nur durch wachsende Opfer behauptet werden kann. *Produktion und Gesamtabsatz des oberschlesischen Bergbaus* haben zwar i. J. 1931 im Vergleich zum Vorjahr keine nennenswerte Wandlung erfahren. Es ist sogar eine geringe Steigerung von 28,15 auf 28,4 Mill. To. zu verzeichnen. Aber in der *Richtung des Absatzes* sind wesentliche und für Polen recht nachteilige Änderungen eingetreten. Der *inländische Kohlenabsatz* ist von 19,1 Mill. To. i. J. 1929 auf 14,4 Mill. To. i. J. 1930 und auf 13 Mill. To. im letzten Jahre, mithin in zwei Jahren um rund ein Drittel gesunken. Dagegen ist der *Export* von 10,8 Mill. To. i. J. 1930 auf die seit der Teilung Oberschlesiens noch nicht erreichte Rekordziffer von 12,2 Mill. To. im letzten Jahre gestiegen. Es gibt unverbesserliche Optimisten in Polen, die aus dieser Steigerung des Kohlenexportes einen Beweis für die gesunde Grundlage des polnischen Bergbaus herauslesen wollen. Wie es in Wirklichkeit um diesen Kohlenexport bestellt ist, kann man aber ermessen, wenn man die polnische Kohlenausfuhr nach Gewinn- und Verlustmärkten unterscheidet. Polen muß, um seine Währung zu halten, *um jeden Preis* exportieren, auch mit Verlust. In den letzten Jahren ist nun *der Kohlenexport nach den günstigen Konventionsmärkten*, d. h. nach den Ländern, in denen die polnische Kohle mit Gewinn abgesetzt werden kann, *stark gesunken*: er hat 1929 noch 4,8 Mill. To., 1930 nur noch 3,2 Mill. To. und im letzten Jahre sogar nur noch 2,8 Mill. To. betragen. Eine Steigerung des Kohlenexportes ist nur auf den Auslandsmärkten, auf denen die Kohle *mit Verlust verkauft* werden muß, möglich gewesen; dieser unrentable Export ist von 6,8 auf 9,3 Mill. To. gestiegen; d. h. *über drei Viertel der exportierten polnischen Kohle sind im vergangenen Jahre mit Verlust verkauft worden!* Und selbst diese dauernden Verlustverkäufe haben nicht verhindern können, daß die *Haldenbestände* von 933 000 To. i. J. 1930 auf 1,8 Mill. To. i. J. 1931, also aufs doppelte, gestiegen sind.

Vergegenwärtigt man sich diese Zahlen, dann versteht man auch, warum die ostoberschlesische Kohle z. B. in Warschau um das mehrfache teurer ist als im Auslande, und warum die englische Kohle in das doch schon in seinen eigenen Kohlen erstickende Polen eindringen kann. Und man versteht dann auch den ganzen Ernst der Lage, der für das ostoberschlesische und Dombrowaer Revier die Gefahr eines gigantischen Arbeitskampfes heraufbeschworen hat. Die polnische Regierung hat sich bemüht, durch einen verbindlichen *Schiedsspruch* diesen Arbeitskampf zu verhindern. Durch den Schiedsspruch sollen *die bisherigen Lohnsätze im Kohlenbergbau, in den Grubenkokereien und Brikettfabriken um 8 v. H. herabgesetzt werden*. Die sogenannten kleinen Zulagen sind von der Ermäßigung ausgeschlossen. Die Neuregelung der Löhne gilt *ab 1. Februar 1932. Die Kündigung kann erstmalig zum 1. Juni 1932 erfolgen*. Sobald zu diesem Termin die Kündigung nicht erfolgt, sollen sich die Lohnsätze um drei weitere Monate verlängern. Diese Lohnsenkung hat, obwohl sie weit geringer als die von den Arbeitgebern geforderte ist, in der Arbeiterschaft stärkste Erregung hervorgerufen. Jedoch hat der Betriebsrätekongreß der ostoberschlesischen Bergarbeiterorganisationen beschlossen, auf einen Streik zu verzichten, da es infolge der großen Zerrissenheit innerhalb der Arbeiterschaft sowieso nur zu einem Teilstreik kommen würde. Die Belegschaften sollen über den Ausruf eines Streiks in geheimer Abstimmung entscheiden. Die Lage ist ungeklärt. Jedoch scheint die Streiklust angesichts der zu erwartenden Erfolglosigkeit eines Streiks abgeflaut zu sein.

Noch schlimmer als im Bergbau steht es in der *Hüttenindustrie Ostoberschlesiens*. Der Inlandsmarkt ist außerstande, deren Produkte aufzunehmen. Von Januar bis Oktober 1931 haben zwei Drittel des ostoberschlesischen Walzwerkabsatzes ausgeführt werden müssen. Fast der gesamte Export ist nach *Rußland* gegangen. Der im Sommer v. J. einsetzende Rückgang des Rußlandgeschäfts hat für die polnische Hüttenindustrie eine katastrophale Lage geschaffen: Die Produktion von Walzwerkserzeugnissen ist von 56 000 To. im August auf 22 000 To. im November, der Export von 36 000 To. auf — 4900 To. gesunken. Die Friedenshütte, das größte Unternehmen der eisenverarbeitenden Industrie ganz Polens, ist zusammengebrochen; die Königs- und Laurahütte hat ihre Produktion auf ein Viertel ihrer Leistungsfähigkeit einschränken müssen. Die *ostoberschlesischen Hütten arbeiten z. Z. mit kaum einem Fünftel ihrer Leistungsfähigkeit*.

Diese Entwicklung der oberschlesischen Industrie, die das größte Steuerobjekt und der wichtigste Devisenlieferant Polens ist, ist zu einer *Gefahr für die polnische Gesamtwirtschaft* geworden. In den an die 100 000 Arbeitslosen Ostoberschlesiens, die bei weitem nicht alle, wie in Deutschland, Unterstützung erhalten, gären revolutionäre Kräfte. Verschiedentlich ist es schon zu blutigen Zusammenstößen der vom Hunger Getriebenen mit der Polizei gekommen. Es heißt, daß aus dem übrigen Polen Truppen nach Oberschlesien zusammengezogen werden, um etwaige Unruhen im Keime zu ersticken. Von polnischer Regierungsseite wurde diese Meldung zwar dementiert. Aber selbst wenn das Dementi — ausnahmsweise — richtig sein sollte, kann nichts mehr über den verzweifelten Ernst der Lage hinwegtäuschen. *Der Wahnsinn der Teilung Oberschlesiens* und die von einer unversöhnlichen Deutschenfeindschaft diktierte Wirtschafts- und Handelspolitik rächt sich jetzt bitter an ihren Urhebern, die einmal gehofft hatten, die glücklichen Nutznießer der Teilung zu werden. Um sich von Deutschland unabhängig zu machen, um Deutschland auch auf den Auslandsmärkten als Konkurrent entgegentreten zu können, um, gestützt auf einen forcierten Export, die Rolle einer Großmacht im mittleren Osten Europas spielen zu können, hat Polen seine Industrie in Ostoberschlesien mit einem riesigen Aufwand erweitert, z. B. auf den Ausbau der Eisenhütten allein in den Jahren 1927 bis 1929 etwa 80 Mill. Zloty verwandt, ohne zu erwägen, ob für die gesteigerte Produktion auch die nötigen Abnehmer vorhanden sein werden. Die polnische Regierung versucht nun, den aufgeblähten Produktionsapparat durch Senkung der Produktionskosten, insbesondere durch eine Drosselung der Arbeitslöhne, zu retten, obwohl die Löhne ohnedies schon auf einem beispiellos niedrigen Stande angelangt sind: Beträgt doch der durchschnittliche Schichtlohn eines Bergarbeiters in Ostoberschlesien nur 4,42 Zloty, im benachbarten Deutsch-Oberschlesien dagegen 14,20 Zloty.

Sanierung in Westoberschlesien.

Auch die *deutsch-oberschlesische Industrie* befindet sich seit langem in einer schweren Krise. Ihre Lage hat sich derart verschlechtert, daß um *eine Sanierung, die mit erheblichen Opfern der Gläubiger verbunden* ist, nicht mehr herumzukommen ist. Nach langwierigen Verhandlungen, die von sozialdemokratischer Seite zu einem Antrag auf Sozialisierung der notleidenden Industrie ausgenutzt wurde, ist es nunmehr zu einer Einigung über die *Sanierung der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke A.-G.* gekommen. Diese Gesellschaft wurde im Jahre 1926 mit Hilfe des Reiches und Preußens zur Reorganisation des größten Teiles der deutsch-oberschlesischen Stahl- und Walzwerke gegründet. In erster Linie soll eine Herabsetzung des Kapitals von 30 Millionen auf 4 Millionen (!) Reichsmark erfolgen, also eine Zusammenlegung schärfsten Ausmaßes. Die Preußische Seehandlung wird von ihrem mit 28 Millionen Mark fixierten Kredit 10 Millionen streichen. Ebenso werden die Banken auf einen Teil ihrer Kreditforderungen verzichten. Wie es heißt, sollen 3,5 Millionen von insgesamt 19,5 Millionen Reichsmark gestrichen werden. Das zusammengelegte Aktienkapital wird danach wieder von 4 auf 20 Millionen Mark durch Ausgabe junger Aktien erhöht, von denen 9 Millionen die Preußische Seehandlung erhält, während 7 Millionen den Privatbanken zur teilweisen Deckung ihrer Forderungen zugeteilt werden. Da auch die öffentliche Hand auf einen großen Teil ihrer Forderungen verzichtet hat, konnten die Restforderungen der Banken durch erste Sicherheiten garantiert werden. Im Zusammenhang damit ist auch die Schaffung einer neuen Kohlenbasis für Oberhütten vorgesehen. Die eigene unrentable, weil mit zu hohen Eigenkosten arbeitende *Concordiagrube soll zum Teil stillgelegt werden*. Dafür soll die Castellengogrube zur Kohlengrundlage gemacht werden.

Zu lösen sind nunmehr noch die Probleme der *Preußag*, der *oberschlesischen Borsigwerke* und der *Oberbedarf*. Der Beginn zu einer grundlegenden Neuorganisation der deutsch-oberschlesischen Montanindustrie ist jetzt gemacht. — Die *Borsigwerk A.-G.* hat sich inzwischen angesichts des seit geraumer Zeit völlig unzulänglichen Auftragseingangs entschließen müssen, dem Demobilmachungskommissar die *Stillegung ihres Hüttenbetriebes* zum 28. Februar 1932 anzuzeigen. Die Betriebe der Gruben und der Kokerei werden von dieser Stillegung nicht berührt.

*

Das Ende der Buttereinfuhr aus Polen.

Durch die neuen autonomen Zollsätze für Butter in Deutschland, die am 23. 1. in Kraft getreten sind, werden vor allem die Länder betroffen, die mit Deutschland nicht in geregelten Handelsbeziehungen stehen. Hierzu rechnen Kanada, Australien und *Polen*. Der neue Zoll stellt für Polen eine Belastung von über 80 v. H. des Butterpreises dar, *macht also die weitere Fortsetzung der Ausfuhr nach Deutschland völlig unmöglich*. Besonders schwer getroffen werden von diesem Ausfall die Westgebiete Polens. Von der Butterausfuhr der Wojewodschaften Posen und Pommerellen gingen etwa 74 v. H. nach Deutschland, 18 v. H. nach England und nur 8 v. H. nach den übrigen Absatzmärkten. Da Westpolen somit seines besten Absatzmarktes verlustig geht, kann eine sehr fühlbare Verschlechterung der Inlandskonjunktur, die bereits jetzt sehr flau ist, nicht ausbleiben. Die polnische Presse sieht in dem Vorgehen Deutschlands natürlich wieder die Absicht einer bewußten Schädigung der Wirtschaftsinteressen Polens, demgegenüber ist festzustellen, daß die Einführung des neuen Butterzolls von den eigenwirtschaftlichen Interessen Deutschlands diktiert ist, das wie jedes andere Land seine Landwirtschaft vor der Konkurrenz des Auslandes nach Möglichkeit schützen will und daß Polen gar kein Recht hat, sich über die Maßnahmen Deutschlands zu beklagen, nachdem Deutschlands Ausfuhr nach **Polen durch die polnischen Einfuhrverbote den Todesstoß erhalten hat.**

Polen und die Tributfrage.

Polen hätte aus einer Streichung der politischen Schulden, wie die „Voss. Ztg." nachweist, die größten Vorteile. Denn es steht ihm nur eine Jahresquote von 500 000 M. aus den Zahlungen nach dem Youngplan zu. Auf der anderen Seite betragen Polens Verpflichtungen an die Vereinigten Staaten, hauptsächlich aus der Hilfsaktion Hoovers unmittelbar nach dem Weltkriege, über 200 Mill. Dollar. Der französischen Regierung ist der polnische Verbündete, vor allem für Rüstungskredite, noch 100 Mill. Dollar schuldig, England, für Besatzungskosten aus der Zeit der interalliierten Verwaltung Oberschlesiens und für andere Auslagen, rund 20 Mill., Italien etwa 30 Mill. Dollar, Schweden und anderen Staaten kleinere Beträge. Insgesamt sind anläßlich des Hoover-Moratoriums die jährlichen Verpflichtungen des polnischen Staates gegenüber fremden Regierungen — Zinsen und Amortisierungsraten zusammengenommen — auf mindestens 130 Mill. Zloty berechnet worden. Polen hat also an andere Staaten 120 mal mehr zu zahlen, als es von Deutschland jährlich an Reparationen erhalten würde.

Man sollte also wirklich meinen, daß Polen alles Interesse hat, daß die Tribute und mit ihnen die Kriegsschulden verschwinden. Welche Stellung Polen aber — wider alle Vernunft — in dieser Frage in Wirklichkeit einnimmt, das kann man aus einem Artikel des „Przeglond Gospodarczy" ersehen. In dem Blatt wird zunächst ganz richtig festgestellt, daß 1. die Überwindung der internationalen Kreditkrise, unter der Polen mit am schwersten leidet, nicht ohne die vorherige Erledigung der Tributfrage erfolgen kann; daß 2. Polens wirtschaftliche Interessen auch insofern unter dem Tributsystem zu leiden haben, als Deutschland durch seine Tributpflicht zu einer die polnische Produktion schädigenden handelspolitischen Expansion gezwungen wird, und daß 3. der polnische Staatshaushalt durch die Beseitigung der Tribute und Kriegsschulden eine Entlastung von einer erheblichen Schuldsumme erfahren würde, „was bei seiner gegenwärtigen Spannung sicher eine sehr bedeutende Erleichterung bringen würde". „Unter diesen Bedingungen", so fährt der ‚Przeglond Gospodarczy' dann fort, „würde es logisch erscheinen, daß sich Polen ebenfalls den Ländern anschließen müßte, die . . . eine endgültige Streichung aller Tributverpflichtungen fordern. Dies zu tun ist uns aber nicht erlaubt, und zwar nicht allein mit Rücksicht auf unsere Empfindungen als Bundesgenosse gegenüber Frankreich, das heute als einziger Staat offiziell einen andern Standpunkt verteidigt." Sondern auch, so heißt es weiter, mit Rücksicht darauf, daß eine Streichung der Tribute der „Achtung vor den bestehenden Verträgen" widersprechen würde. Wer diesen fundamentalen Grundsatz unserer Struktur unterhöhlt und die von ihm unterzeichneten Verpflichtungen nur als einen Fetzen Papier betrachten will, handelt allen Begriffen des Kredits und des Vertrauens zuwider und macht eigentlich dann Wiederherstellung sogar unmöglich. „Daher könnte die einfache Durchstreichung des Youngplans auf Grund der ultimativen deutschen Forderungen nicht den Beginn der politischen Stabilisierung der Welt darstellen und wäre lediglich der Keim zu neuen großen Erschütterungen. Denn wir in Polen müssen uns besser als irgendein anderer darüber Rechenschaft ablegen, daß, falls es Deutschland nach der vorzeitigen Rheinlandräumung gelingen sollte, noch die vollkommene Befreiung von den Tributen durchzusetzen, es für die Deutschen keine Hindernisse mehr gäbe, alle Anstrengungen zu machen, um den durch das Versailler Traktat geschaffenen territorialen Besitzstand in Europa abzuändern."

Wir finden also auch hier wieder den ewigen Grundakkord jeder polnischen Politik: „Die Achtung vor den bestehenden Verträgen", oder vielmehr vor dem Versailler und den daraus abgeleiteten Diktaten. Verträge sind aber niemals so „heilig", daß sie nicht den Erfordernissen des Lebens zu weichen hätten, wenn sie unanwendbar geworden sind. Die Polen sollten sich einmal sehr genau die Rede durchlesen, die der Präsident der National City Bank, Charles E. Mitchell, im Dezember v. J. vor dem Finanzausschuß des amerikanischen Senats über die Tributfrage gehalten hat; er hat da gesagt: „Ich will hier keine Doktrin von einer notwendigen Schuldenstreichung vertreten, aber ich glaube nicht, daß alle diese Schulden einkassiert werden können, ohne daß dies eine Rebellion gegen die zur Zahlung verpflichteten Regierungen mit sich bringt. Es wäre ein Wunder, wenn die Schuldenzahlungen im Juni wieder aufgenommen werden könnten. Die Rebellion wird sich aus der Weigerung der jüngeren Generation ergeben, für die Fehler ihrer Väter zu zahlen. Die Schuldnerländer können sich den psychologischen und politischen Problemen, die mit der Schuldenzahlung verbunden sind, nicht entziehen. In Deutschland wächst jetzt eine junge Generation heran, die zu Kriegszeiten noch nicht einmal geboren war. Diese jungen Menschen sehen sich unter einem schweren Joch stehen, für das sie nicht verantwortlich sind. Ich glaube nicht, daß man es einfach als gegeben hinnehmen kann, daß eingegangene Schuldverpflichtungen bezahlt werden müssen." In Polen wird man diese Rebellion der Jugend wohl niemals verstehen.

Und noch ein anderes sollten die Polen bedenken, ehe sie sich so eisern auf den Grundsatz versteifen, daß die Achtung vor dem Versailler Diktat über allem stehe: Deutschland hat bis zum 30. Juni 1931 nicht weniger als 67 673 Mill. Goldmark an Tributen entrichtet! In dieser Summe sind eine Reihe von Leistungen mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Bewertung nicht ausdrücklich aufgeführt worden. So fehlt darin der wirtschaftliche Wert der abgetretenen Gebiete und der Kolonien. Ferner sind alle aus der willkürlichen Zerreißung Deutschlands und der zwangsweisen Übertragung der deutschen Vermögenssubstanz erwachsenen unabschätzbaren indirekten Schäden und Verluste nicht aufgeführt. Auch alle mittelbaren Leistungen, z. B. die Zinsen und Nutzungen, die den Empfängern aus den deutschen Leistungen erwachsen sind, sind unberücksichtigt geblieben. Endlich ist die Belastung des deutschen Kredits durch den Kapitalwert der Younganleihe und die Belastung aus dem Hooverjahr nicht angegeben. — Deutschland hat erheblich mehr gezahlt, als den Gegnern auf Grund des Versailler Diktates zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden zusteht. Deutschland hat bis zum Weißbluten erfüllt. Die Reihe, die Verpflichtungen des Versailler Diktats zu erfüllen, ist nun an den andern, vor allem auch an Polen. Da ist z. B. die Verpflichtung zur Abrüstung. Da ist ferner der Artikel 19 der Völkerbundssatzung (eines Bestandteils des Versailler Diktates), der die Abänderung unanwendbar gewordener Verträge vorsieht. Wer wollte noch leugnen, daß die Bestimmungen des Diktats von Versailles über die deutschen Ostgrenzen unanwendbar geworden sind?

Kirchenfürsten vor Deutschlands Ostgrenzen.

In Danzig, der alten reichsfreien und Hansastadt, residiert ein Bischof von Danzig, der den guten irischen Namen Graf O'Rourke trägt, aber Slawe und in Litauen beheimatet ist. Danzig dagegen ist zu mehr als 95 v. H. deutsch! Noch immer beherrscht er die deutsche Sprache nicht in der Weise, daß er in der großen Öffentlichkeit aufzutreten vermag. Er wurde über Warschau dem deutschen Danzig als Bischof aufgezwungen. Im Bistum Kulm, Westpreußen, dessen Bischofssitz Pelplin ist, wurde der deutsche Bischof Dr. Rosentreter sofort abgesetzt, wurden die deutschen Domherren vertrieben, und als neuer Bischof zog der Nationalpole Okoniewski ein, der aus der Provinz Posen stammt und schon vorher durch seinen Chauvinismus sich zur Beförderung empfohlen hatte. Als Erzbischof von Gnesen und Posen und Primas von Polen residiert Dr. Hlond in Posen, dessen deutschfeindliche Tätigkeit schon in Kattowitz bekannt war und in Posen mit dem nötigen Nachdruck fortgesetzt wird. Davon können die deutschen Katholiken im geraubten Oberschlesien ein sehr ernstes und tragisches Lied singen. Der Nachfolger des Herrn Hlond in Kattowitz war zunächst Bischof Lisiecki, der schon vor dem Kriege seine leidenschaftlich nationalpolnische Gesinnung bewiesen hatte. Nach dem Tode Lisieckis wurde der Prälat Adamski Bischof von Kattowitz, der vor dem Kriege in der Provinz Posen die großen wirtschaftlichen, nationalpolnischen Genossenschaftsorganisationen schuf und damit einen wirkungsvollen Kampf gegen das Deutschtum unter Duldung mancher Behörden führte. In Prag ist kürzlich der Erzbischof Dr. Kordac feierlich inthronisiert worden. Die Bildberichte dieser Feierlichkeit lassen klar erkennen, daß tschechische Sokoln dem neuen Bischof das Ehrengeleit in den alten deutschen Veitsdom auf dem Hradschin in Prag gegeben haben, daß der ganze feierliche Inthronisationszug von Sokoln, der nationaltschechischen Stoßtruppe, begleitet war. Dr. Kordac ist aber durch die Bemühungen des päpstlichen Nuntius in Prag, des Monsignore Ciriaci, auf den erzbischöflichen Stuhl von Prag gekommen. Die sudetendeutschen Katholiken in Prag und im Egerlande, die hiergegen scharfen Protest eingelegt haben, sind aufs schärfste gemaßregelt worden. Ciriaci aber ist, soweit wir unterrichtet sind, Südslawe. So zieht sich von Danzig über Belgrad bis an die Adria ein kirchlich-religiöser Ring um Deutschland, dessen Hauptstützen mit den politischen Unterdrückern des Deutschtums, nicht zuletzt des katholischen Deutschtums, in den slawischen Ländern Hand in Hand arbeiten. Das Schlußstück dieses Ringes befindet sich in Rom, heißt Graf Ledochowski, ist Jesuitengeneral und ein Neffe des Kardinals Ledochowski von Gnesen-Posen, der im Kulturkampf nach Rom ging und dort eine besondere Rolle spielte. Die Ausnahmegesetze gegen die deutschen Katholiken in den geraubten deutschen Provinzen, gegen den Domherrn Klinke und andere, und das Verbot der politischen Betätigung für die Geistlichkeit (natürlich nur für die deutsch-katholische Geistlichkeit!) sind auf diesen Grafen Ledochowski zurückzuführen. So schließt sich der Ring zwangsläufig. Wobei nur noch bemerkt zu werden braucht, daß durch den Einfluß des Grafen Ledochowski alles geschehen ist, um die deutsch-katholische Geistlichkeit des Ostens, die stets in erster Angriffsfront gegen das Slawentum gestanden hat, zu neutralisieren.

Der Korridor — Europas offene Wunde.

Mit Erlaubnis des Verlages Niels Kampmann bringen wir einige Absätze aus dem Korridorkapitel des demnächst erscheinenden Buches **„Die Krankheit Europas, Handbuch der deutschen Freiheitspolitik"** von Dr. Bitter und Dr. Zelle zum Abdruck. Das Buch behandelt die Lage Deutschlands und Europas, Reparationen, Abrüstung, Korridor und andere Fragen der Grenzrevision, Anschluß, Minderheiten, Kolonien, Privateigentum.

„Der dreizehnte von den vierzehn Punkten Wilsons fordert, daß Polen die „von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen" und daß ihm ein „freier und sicherer Zugang zum Meere gewährleistet werden" soll. Wir wissen heute auch aus polnischen Zeugnissen (Erinnerungen Dmowskis), daß Wilson bis zum November 1918 den Polen keinen Landkorridor, ja überhaupt kein Reichsgebiet geben wollte, sondern nur an die Internationalisierung der Weichsel und an einen polnischen Freihafen in Danzig dachte. Erst nach dem Waffenstillstand hat Frankreich, gegen den Widerstand Wilsons und Lloyd Georges, die Versailler Korridorregelung durchgesetzt. . . .

Das polnische Bestreben nach einer eigenen Küste entspringt einem alten und verständlichen politischen Ehrgeiz, keineswegs aber einer wirtschaftlichen Notwendigkeit. Es gibt auf der Erde nur diesen einen Korridor, der einen anderen Staat in zwei Teile zerschneidet. Es gibt außer dem Deutschen Reich keinen anderen Staat, bei dem ein großes Stück durch einen fremden Gebietsstreifen abgetrennt ist. Aber es gibt eine Reihe von Staaten, die auch ohne eigene Küste überseeischen Handel treiben. Braucht das verhältnismäßig wenig auf den Weltmarkt eingestellte Polen einen Korridor zum Meere, dann müßten die Schweiz, die Tschechoslowakei und Österreich erst recht einen haben, desgleichen Ungarn, Bolivien und Paraguay. . . .

Seit 1919 hat eine wahre Völkerwanderung deutscher Menschen aus Polen ins Reich stattgefunden. Fast eine Million Menschen sind aus ihrer Heimat gewaltsam verdrängt worden oder wegen der Unerträglichkeit der neuen Verhältnisse abgewandert. Der größte Teil von ihnen stammt aus dem Korridor. Es ist daher möglich, daß sich bei einer etwaigen künftigen Abstimmung im polnischen Korridor nicht oder nicht überall eine Mehrheit für die Rückgabe des Korridors an das Reich ergeben würde. (Eine Abstimmung könnte natürlich nur auf der Grundlage der 1918 bestehenden Bevölkerungsverhältnisse erfolgen. Schriftltg.) Aber das kann keine Rolle spielen; das Ergebnis polnischer Gewaltpolitik kann und darf nicht als Recht gelten. Unrecht darf Europa nicht als Rechtsquelle anerkennen. Im Gegenteil: wenn die Verpflichtung zum Schutz der deutschen Minderheit eine Voraussetzung für die neue Grenzziehung war und wenn Polen den Minderheitenschutz-Vertrag von 1920 immer wieder verletzt hat, so spricht gerade das für die Revision der jetzigen Grenzen. . . .

Westpreußen und Posen verdanken der preußisch-deutschen Herrschaft eine gewaltige kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung. Diese Gebiete heben sich ganz scharf von Land und Leuten in dem ehemals russischen Kongreßpolen ab. Mitten durch Polen geht eine Kulturgrenze; es gibt wohl keine zweite von dieser Schärfe. Die letzten 1½ Jahrhunderte deutscher Herrschaft haben mehr historisches Recht begründet als die früheren drei Jahrhunderte polnischer Oberhoheit. . . .

Rein verkehrstechnische „Lösungen" sind mehrfach vorgeschlagen worden. Der französische General Bourguin z. B. denkt an einen deutschen, zehn Meter über dem Boden befindlichen Straßen- und Schienenweg durch den Korridor. Coudenhove-Kalergi, der übrigens Danzig an das Reich zurückgeben will, setzt sich für eine zum Teil unterirdisch geführte Verbindungsbahn ein. Aber so unerfreulich für jeden Deutschen die Bahnfahrt durch den Korridor ist, für das deutsche Volk ist die Korridorfrage unendlich viel mehr als ein Verkehrsproblem. Durch Verkehrserleichterungen läßt sich die Herausschneidung eines Streifens aus dem Gebiet des Reiches nicht gutmachen. Kein Volk ließe es sich auf die Dauer gefallen, wenn sein Land willkürlich in zwei Teile zerrissen und der abgerissene Teil mit Verlust oder Verkümmerung bedroht würde. Die alte Landbrücke nach Ostpreußen muß wiederhergestellt werden. Um einmal rein wirtschaftlich zu sprechen: durch dünne Verkehrsadern kann z. B. Ostpreußen kein Ersatz dafür geschaffen werden, daß es früher im Korridor seine wichtigsten Absatzmärkte hatte. Schon zur Sicherung Ostpreußens ist es notwendig, daß das Reich mindestens das ganze Korridorgebiet und Danzig wiedererhält.

Die Polen behaupten, ihr Land dürfe nicht geschwächt werden, denn es sei Westeuropas Bollwerk gegen den Bolschewismus. Bei den Antibolschewisten Westeuropas finden sie natürlich mit diesem Argument viel Anklang. In Wirklichkeit ist Polen trotz aller seiner bedeutenden, auch mit angelsächsischem Kapital unterstützten Aufbauleistungen schwächer, als es aussieht. Es hat eine tausend Kilometer lange Ostgrenze ohne natürlichen Schutz. Fast 40 v. H. der 27 (jetzt 32) Millionen Einwohner sind unterdrückte Fremdvölker, denen am Bestand des polnischen Staates nichts liegen kann. Zwar besteht der Hauptteil der Bevölkerung aus anspruchlosen Bauern, aber sie sind zu unwissend, zu wenig politisch geschult, zu sehr über ein verkehrsarmes Land verstreut, um politische Umwälzungen hindern zu können. Ein Polen, das mit Deutschland verfeindet ist und seine Kräfte für eine unwirtschaftliche Korridorpolitik verbraucht, ein Polen, das seine 10 Millionen Minderheiten terrorisiert und es vor den Wahlen von 1930 für nötig hielt, 65 Abgeordnete und Senatoren der Oppositionsparteien und Dutzende anderer Politiker ins Gefängnis zu setzen, ein Polen, das bei seinen Bewohnern durch massenweise entschädigungslose Enteignungen die herkömmlichen Rechtsbegriffe erschüttert — ein solches Polen kann weder russischer Propaganda, noch einem russischen Völkersturm genügenden Widerstand entgegensetzen. Ein mit Deutschland ausgesöhntes und innerlich (durch Grenzrevision) konsolidiertes Polen dagegen würde dazu weit eher imstande sein."

Deutsche Not in Polnisch-Wolhynien.

Nach manchem schweren Jahr ist die Not der deutschen Siedler in Wolhynien in diesem Winter aufs höchste gestiegen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Landwirtschaft, besonders die niedrigen Preise für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse, gefährden die Existenz der deutschen Kolonisten noch in ganz anderem Maße als in anderen Gebieten Polens; haben doch die bisherigen Pächter nach dem Siedlungsgesetz vom Jahre 1924 ihr Land nur zu sehr hohen Preisen erwerben können, die nun ratenweise abgezahlt werden sollen. In diesem Jahre sind mehr als 1000 Familien — und das ist ein großer Prozentsatz — nicht in der Lage, auch nur etwas von diesen Raten zu zahlen. Infolgedessen ist der eben erst erworbene Besitz stark gefährdet, und sie können ihn mit samt den gezahlten Raten verlieren. Als der Kaufvertrag abgeschlossen wurde, kostete ein Zentner Weizen 28 Zloty, heute 9 Zloty; der Zentner Schweine kostete im Jahre 1927 99 Zloty, heute 21 Zloty. Dazu kam im vergangenen Sommer ein starker Hagelschlag, der laut amtlicher Mitteilung 65 720 Hektar in Wolhynien vollkommen vernichtete, darunter auch die Ernte vieler deutscher Kolonisten.

Fast noch größer als die Not der Eigentümer ist die schwierige Lage der landlosen Pächter, die auch in den günstigen Jahren 1927/28 nicht imstande waren, Land zu erwerben. Diese landlosen Pächter wohnen in jämmerlichen und verfallenen Hütten und versuchen, sich durch Gelegenheitsarbeit im Walde und in den kleinen Städtchen mühselig zu ernähren. Aber auch in Wolhynien gibt es keine Arbeit und noch weniger Verdienst. So gehen diese Ärmsten mit ihren oft sehr zahlreichen Familien dem traurigen Schicksal des Hungerns und Frierens entgegen. Am schlimmsten sind die Kinder daran, die kaum etwas anzuziehen haben. Gewiß ist das deutsche Schulwesen in Wolhynien sehr mangelhaft, und oft beschränkt es sich nur auf eine sehr notdürftige Winterschule. Aber in diesem Winter können etwa 25 v. H. der deutschen Kinder die Schule nicht besuchen, weil sie keine warmen Kleidungsstücke, geschweige denn einen Mantel, keine Schuhe und Strümpfe haben oder gar an erfrorenen Füßen leiden. Ein eindrucksvolles Bild von der Notlage der Kinder ergibt ein Bericht über eine Schulvisitation in einer kleinen Kolonie: „Mit Ausnahme eines einzigen Kindes waren alle Kinder ohne Mäntel, nur mit Kopftüchern und Mützen, in einfachen Kleidchen und vorwiegend in Holzpantoffeln erschienen. Jedes Kind brachte etwas Strauchwerk mit, um den kleinen Blechofen in der Mitte der Klasse zu heizen. Die Klasse hatte keine Diele, nur Lehmboden und nur eine regelrechte Schulbank, auf der etwa fünf Kinder Platz hatten, die übrigen saßen auf einfachen Bänken, wenn sie lasen, wenn sie schreiben mußten, so knieten sie davor. Eine Tafel war nicht vorhanden, die Eingangstür diente als Tafel. Von 55 eingeschriebenen Kindern waren nur 25 erschienen, die andern wegen der Kälte und wegen des Mangels an Kleidung zu Hause geblieben." Daß der Schulunterricht dementsprechend sehr mangelhaft ausfällt, kann man sich vorstellen, zumal die Eltern nicht in der Lage sind, Schulbücher und Schreibmaterial zu bezahlen. Viele Eltern haben ein lebendiges Empfinden für die geistige und seelische Not ihrer Kinder. So klagte jüngst ein Vater: „Meine Kinder wachsen heran wie die wilden Bäume im Walde. Es wäre besser, sie wären nie geboren."

In den vorhergehenden guten Jahren haben die Deutschen in Wolhynien in ihrer bekannten Tatkraft, Schaffensfreudigkeit und Opferwilligkeit damit begonnen, sich ihr Kirchenwesen wieder neu aufzubauen. Von 6 Pastoren und 114 Kantoren wird das ganze Gebiet, in dem fast 50 000 Deutsche leben, kirchlich betreut. Aber trotz aller Opferwilligkeit sind die Kolonisten heute nicht mehr imstande, Pfarrer und Kantor zu erhalten. In dem obenerwähnten Schulbericht heißt es, daß der dortige Kantor ein Bargehalt von 60,47 Zloty im Jahre bekommt, dazu 35 Pud, also etwa 12 Zentner Getreide und die Ernte von 4 Morgen Land. Bei den heutigen Preisen macht in diesem Jahre alles zusammen höchstens 20 Zloty monatlich aus. Aber auch das kommt noch nicht ein, so daß der Kantor und seine Familie höchstens dreimal in der Woche warm essen.

Ostfragen auf der Ratstagung in Genf.

Die Beschwerde der deutschen Minderheiten in Polen über Durchführung der Agrarreform gegen den deutschen Grundbesitz durch die polnischen Behörden ist auf die Maitagung des Völkerbundsrates vertagt worden, da der japanische Berichterstatter, Botschafter Sato, sich außerstande erklärt hat, im Hinblick auf das außerordentlich umfangreiche Material jetzt schon dem Völkerbund Vorschläge zur Regelung der Frage vorzulegen. Auf ausdrücklichen Wunsch der deutschen Abordnung ist gegen den heftigen Widerstand der polnischen Abordnung beschlossen worden, daß das Minderheitsverfahren gegen die polnische Regierung als eröffnet gilt. Mit der Vertagung der Beschwerde war schon bei Beginn der Völkerbundstagung gerechnet worden, da der japanische Berichterstatter Sato erst wenige Tage vorher in den Besitz des gesamten Materials gelangt war. Über diese besonders wichtige Beschwerde der deutschen Minderheit, die bereits seit 1929 eingereicht war, hatte im Mai vorigen Jahres ein aus Vertretern Englands, Italiens und Persiens zusammengesetzter Dreierausschuß des Völkerbundsrates eine Entscheidung gefällt, die in allen Punkten der deutschen Beschwerde Rechnung trug. Von Kreisen der deutschen Minderheit in Polen ist eingehend darauf hingewiesen worden, daß die polnische Regierung die Entscheidung des Dreierausschusses nicht durchgeführt hat, worauf sich die deutsche Minderheit im September mit einer Zusatzbeschwerde an den Völkerbundsrat wandte. Erst in den allerletzten Tagen hat Polen die vom Völkerbundsrat eingeforderte Stellungnahme zu dieser Zusatzbeschwerde übermittelt. Die deutsche Regierung sah sich veranlaßt, die Beschwerde der deutschen Minderheit dem so viel kritisierten geheimen Minderheitenverfahren des Völkerbundes zu entziehen und die Beschwerde vor den Völkerbundsrat zu bringen, der sie nun unter dem oben erwähnten Vorwand vertagt hat.

Der Völkerbundsrat hat weiter die Beschwerde des Fürsten von Pleß behandelt und den Bericht angenommen. Der Bericht zieht aus den Erklärungen der polnischen Regierung die Schlußfolgerung, daß die polnische Regierung eine vollständige und endgültige Annullierung aller Maßnahmen der polnischen Finanzbehörde vorgenommen habe. Der deutsche Vertreter hat den Bericht angenommen und für die Deutsche Regierung ausdrücklich den Vorbehalt gemacht, daß sie gegebenenfalls auf die von den polnischen Veranlagungsbehörden getroffenen Entscheidungen noch zurückkommen werde.

In der Frage des Anlaufens und des Aufenthalts polnischer Kriegsschiffe im Hafen von Danzig erhob der Völkerbundsrat das vor einigen Wochen erstattete Rechtsgutachten des Haager Gerichtshofes zu seinem eigenen Beschluß. In diesem Beschluß wird festgestellt, daß Polen in der fraglichen Angelegenheit durch die Verträge keinerlei besondere Rechte erhalten hat. Die Danziger Regierung hat sich bereit erklärt, den polnischen Kriegsschiffen, für die generell nunmehr die international üblichen Regeln gelten, auf den örtlichen Verhältnissen beruhende besondere Erleichterungen zur Verproviantierung, zum Aufsuchen der Danziger Werften und zum Durchfahren der Danziger Gewässer zu gewähren.

Die andere Frage, zu der der Rat Stellung nahm, betrifft die Regelung des Verhältnisses des Hafens von Danzig zu dem Hafen Gdingen. Nach jahrelangen Bemühungen um eine praktische Lösung des schwierigen Problems hat sich die Danziger Regierung genötigt gesehen, die Frage der Entscheidung dem Völkerbund zu unterbreiten. In einem Gutachten hat das vom Völkerbundskommissar über die Rechtslage befragte juristische Komitee wertvolle Aufschlüsse über das Rechtsproblem gegeben. Der Völkerbundskommissar Graf Gravina hat am 26. Oktober 1931 eine auf diesem Gutachten basierende Entscheidung gefällt, die deshalb nicht vollständig ist, weil sie die in einem Bericht des früheren Völkerbundskommissars Mac Donnel sehr klar beantwortete Kernfrage nicht erörtert, welchem Hafen das Risiko zufällt, wenn der Verkehr nicht ausreicht, um beide Häfen voll auszunutzen. Ohne Klarstellung dieser Frage des Risikos ist aber eine Verständigung der Parteien nicht möglich. Der Völkerbundsrat hat nun beschlossen, daß das mit der Angelegenheit früher schon befaßte juristische Komitee auch die neuen Rechtsfragen prüfen möge.

Weiter lagen dem Völkerbundsrat noch die Beschwerden der Ukrainer vor. Der Rat hat dem vom japanischen Vertreter als Berichterstatter vorgelegten Bericht zugestimmt. In dem Bericht wird erklärt, die dem Rat unterbreiteten Dokumente hätten ergeben, daß in Ostgalizien durch nationalistische Organisationen der Ukrainer eine revolutionäre Aktion entfesselt worden sei. (?) Es sei bedauerlich, daß eine solche Aktion mit Fragen des Minderheitenschutzes vermengt worden sei. Andererseits müsse festgestellt werden, daß die Vorgänge in Ostgalizien keineswegs die Haltung rechtfertigen könnten, die die polnischen Behörden eingenommen hätten. Es sei bedauerlich, daß die polnische Regierung die unschuldigen Opfer der Bevölkerung nicht entschädigt habe. In dem Bericht wird zum Schluß die feste Erwartung ausgesprochen, daß die polnische Regierung mit der notwendigen Entschlossenheit gegenüber der ukrainischen Bevölkerung eine Politik der Versöhnung und der Loyalität verfolgen werde. Der Völkerbund gibt also die Ukrainer der polnischen Willkür preis, was keinesfalls zur Befriedigung Ostgaliziens beitragen wird.

Schließlich lag dem Völkerbundsrat ein Rechtsgutachten des Haager Gerichtshofs vor, wonach Litauen im Gegensatz zu den polnischen Forderungen nicht als verpflichtet anzusehen sei, den Eisenbahnverkehr zwischen Polen und Litauen auf der Linie Landwarowo—Kaisiadorys wiederaufzunehmen. Der litauische Außenminister Zaunius gab hierzu eine außerordentlich scharfe Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß das Fehlen jeglicher Beziehungen zwischen Polen und Litauen das Zeichen des Protestes gegen die gewaltsame Besetzung des Wilnagebiets sei. Alle Versuche des Völkerbundsrates, normale Beziehungen zwischen Polen und Litauen herzustellen, seien ohne eine Neuregelung der Wilnafrage undenkbar. Litauen lehne es daher auch ab, den Eisenbahnverkehr mit Polen wiederaufzunehmen. Der polnische Außenminister Zaleski erwiderte kurz und ironisch, er lehne es grundsätzlich ab, sich mit dem Vertreter Litauens in eine politische Aussprache einzulassen. (!) Der Völkerbundsrat nahm sodann ohne weitere Aussprache Kenntnis von dem Gutachten des Haager Gerichtshofes.

Minderheiten hüben und drüben.

Eine unverschämte Zumutung.

Drei Mitglieder des polnischen Schulvorstandes in Bomst haben sich an das preußische Kultusministerium mit dem Ersuchen gewandt, die dortige deutsche Schule aufzulösen. Das ist fast der Höhepunkt polnischer Frechheit: Das Entgegenkommen der Regierung bei der Einrichtung von Minderheitenschulen wird durch einen ebenso dreisten wie unverfrorenen Antrag erwidert, in dem die Polen die Aufhebung der deutschen Staatsschule, die von 50 Kindern besucht wird, fordern. Was würde mit Angehörigen der deutschen Minderheit geschehen, die in Polen drüben Ähnliches zu fordern wagten?

Die Frankfurter „Oderzeitung“ schreibt hierzu: „Seit der Verfügung der preußischen Regierung über Einrichtung der Minderheitsschulen existiert in Neukramzig eine Minderheits- d. h. polnische Schule mit etwa 100 Kindern und drei aus Polen importierten Lehrern, die polnische Staatsbürger sind und sich alle Mühe geben, die hiesige Bevölkerung im deutschfeindlichen Sinne zu beeinflussen. Daneben besteht eine deutsche Schule mit etwa 50 Kindern. Die Eltern dieser Kinder werden in übelster Weise von der polnischen Seite bearbeitet, beschimpft und bedroht, heimlich und öffentlich, um sie zu zwingen, die Kinder ebenfalls in die polnische Schule zu schicken. Bisher sind sie vernünftig genug gewesen, allen Lockungen und Drohungen zu widerstehen, weil sie wissen, daß eine deutsche Erziehung für die Zukunft ihrer Kinder in Deutschland die beste Sicherheit bietet. Weil man nun die Kinder aus der deutschen Schule weder herauslocken noch drohen konnte, setzten sich drei polnische Schulvorstandsmitglieder hin und bitten das preußische Ministerium um Schließung der deutschen Schule. Um diesen Irrsinn nicht weiter um sich greifen zu lassen, seien hier die Namen der Antragsteller genannt: Julius Klemt, Stanislaus Obst, Franciszek Piwecki. Klemt ist ein aus Kalau im Kreise Meseritz gebürtiger Gasthofbesitzer und möchte gern eine deutsche Siedlung haben, bei Obst speisen die drei polnischen Lehrkräfte, Piwecki ist der typische Neukramziger Unruhestifter.“

Deutsche bei der Gemeindelandverteilung ausgeschlossen.

Bei der öffentlichen Versteigerung des Gemeindelandes in Königsrode im Kreise Schubin wurde von dem Schulzen mitgeteilt, daß etwaige Gebote mehrerer namentlich aufgeführter Deutscher nicht berücksichtigt werden würden. Ein Protestschritt der durch diesen Willkürakt Betroffenen hatte keinen Erfolg, der Schulze erklärte vielmehr, er handle auf Anordnung „von oben“. Eine Beschwerde an den zuständigen Starosten blieb überhaupt unbeantwortet. Erst auf erneute Beschwerde, die bei der Wojewodschaft eingelegt wurde, erklärte diese, daß die Verweigerung der Bestätigung von Pachtverträgen für das Gemeindeland dem freien Ermessen des Kreisausschusses obliege und daß es keine rechtliche Pflicht zur Angabe der Gründe der Verweigerung gäbe. Auch einer Reihe von Deutschen, die anfangs mitbieten durften, ist nachträglich die Bestätigung der von ihnen ersteigerten Pachtungen vom Staate abgelehnt worden. — Das Organ des Deutschtums in Pommerellen, die „Deutsche Rundschau in Polen“, wendet sich gegen diesen unerhörten Gewaltakt der polnischen Behörden, der für die deutsche Bevölkerung eine schwere Benachteiligung darstellt, und verweist darauf, daß dieses Vorgehen sowohl den Vorschriften der polnischen Verfassung, die die Gleichstellung aller Bürger vor dem Gesetz vorsieht, wie auch dem Artikel 8 des Minderheitenschutzvertrages zuwiderläuft, der ausdrücklich ohne Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion allen polnischen Staatsangehörigen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte zuerkennt. Polen hat sich um die Verträge noch niemals ernstlich gekümmert.

Neues aus Polen.

Die Agrarreform und die Not der Landwirtschaft.

In einem aus Posen datierten Aufsatz behandelte der „Ilustrowany Kurjer Codzienny" in Krakau „Großpolens Schicksale und Leiden". Dieser Aufsatz verdeutlicht nicht nur den strukturellen Gegensatz zwischen dem eigentlichen Polen und den „neuen Gebieten", er hebt auch hervor, daß gerade in diesen die Wirtschaftskrise „schärfere Formen als anderswo" angenommen habe.

„... In Großpolen (d. i. Posen) ist der Wohlstand verschwunden", so schreibt der Korrespondent des Krakauer Blattes, „das Niveau der Zivilisation ist gesunken, die sprichwörtliche großpolnische Energie macht nunmehr der Ratlosigkeit Platz ... Ein Opfer des wirtschaftlichen Ruins wurde vor allem der Großgrundbesitz, im allgemeinen die erstklassigen Arbeitsstätten, die in nichts zurückstehen hinter derartigen Arbeitsstätten der in landwirtschaftlicher Hinsicht am höchsten stehenden Staaten. Ein beredter Ausdruck dieses Zustandes sind die Bekanntmachungen in den Zeitungen ungefähr folgenden Inhalts: „Alte Herrensitze, alte Familiengüter billig zu verkaufen im Parzellierungsbüro N. N."

Das Agrarreformgesetz zeigt sich hier bei den heutigen Verhältnissen als völlig überflüssig und sogar überlebt. Wenn die Bauern Geld hätten, so würde die Bodenreform in unserm Teilgebiet in ganz gründlicher Weise durchgeführt sein, ohne Eingriffe des Staates, binnen einiger Wochen. Der Bodenpreis ist auffallend niedrig. Guten Boden kann man für 400, höchstens 600 Zloty pro Hektar kaufen, sofern man nur Bargeld auf den Tisch legt, und wenn es auch nur der halbe Betrag des Kaufpreises ist. Die kleinen Wirtschaften halten sich nur mit äußerster Anstrengung. Der Fall der Preise für Rindvieh und Schweine, wie er in den letzten Wochen erfolgt ist, untergräbt gerade den Kleinbesitz, der aus den Produkten der Viehzucht sein Haupteinkommen zieht. Am schmerzlichsten betroffen sind die Ansiedler, es sind die Bauern, die die Wirtschaften der früheren deutschen Ansiedler gekauft haben. Beim Kauf derselben sind sie durch die amtlichen Stellen in bezug auf die Höhe der Rente in Irrtum geführt worden und müssen jetzt Beträge zahlen, an die sie im Augenblick des Kaufs nicht gedacht haben. Um es ehrlich zu sagen: die Ansiedler sind eigentlich die Pächter, denn die Rente belastet sie so wie eine ganz hohe Pacht, obgleich sie für die Wirtschaften die Preise gezahlt haben, die vom Landamt festgesetzt waren, das den abwandernden Deutschen oft nicht einmal die rückständigen Renten abzog."

Diese Ausführungen verdienen allgemeines Interesse, enthalten sie doch das Bekenntnis, daß die polnische Agrarreform, im wesentlichen erfunden, um den deutschen Besitz auf bequeme Weise zu enteignen, sowohl überflüssig wie für die Gesamtwirtschaft schädlich war.

Der deutsch-polnische Handel im Jahre 1931.

Der Wert der polnischen Einfuhr aus Deutschland betrug in den ersten 10 Monaten 1931 nur noch 311,6 Mill. Zloty, während er in den ersten 10 Monaten 1930 noch 520 Mill. Zloty ausgemacht hatte. Der Rückgang beträgt rund 40 v. H. und verteilt sich sehr ungleichmäßig über die einzelnen Warengruppen. Die wichtigste derselben ist die der Maschinen und Apparate mit 43,5 Mill. Zloty in der Berichtszeit gegenüber 77,1 Mill. Zloty in der Vergleichszeit; hier beträgt der Rückgang beinahe 45 v. H. Es folgen der Bedeutung nach die Materialien und Produkte der organischen Chemie mit 36,7 (52,0) Mill. Zloty, so daß hier der Rückgang nur 30 v. H. beträgt. In der Gruppe der Materialien und Produkte der anorganischen Chemie dagegen ist die Einfuhr aus Deutschland von 30 Mill. Zloty auf 10,1 Mill. Zloty zurückgegangen, somit um fast 65 v. H. In der Gruppe der Metalle und Metallwaren ist mit einer Einfuhr von 28,2 Mill. Zloty in der Berichtszeit gegen 53 Mill. Zloty in der Vergleichszeit ein Rückgang von 47 v. H. festzustellen. In der Textiliengruppe sank die Einfuhr aus Deutschland von 47,2 Mill. Zloty auf 27,7 Mill. Zloty, somit um 42 v. H., in der Elektroartikelgruppe von 30,1 Mill. Zloty auf 19,1 Mill. Zloty und somit um 37 v. H. Die entsprechenden Ziffern der Gruppe tierischer Produkte sind 19,5 Mill. Zloty, anstatt 28,2 Mill. Zloty, in der Lebensmittelgruppe 17,7 Mill. Zloty, anstatt 24,5 Mill. Zloty, so daß hier Rückgänge um 38 v. H. bzw. nur 28 v. H. zu verzeichnen sind. Die Einfuhr von Papier und Papierwaren sank von 24,6 Mill. Zloty in der Vergleichszeit auf 17,4 Mill. Zloty in der Berichtszeit, also nur um 30 v. H., die von Farben und Lacken von 8,9 Mill. Zloty auf 7,3 Mill. Zloty und damit nur um 18 v. H., die von Instrumenten und Lehrmitteln von 17,1 Mill. auf 10,8 Mill., somit um 37 v. H. Stärker zurückgegangen als die Einfuhr aus Deutschland im Durchschnitt ist also die von Maschinen und Apparaten, Metallen und Metallwaren, Textilien und vor allem die von Produkten der anorganischen Chemie.

Die polnische Ausfuhr nach Deutschland belief sich in den ersten 10 Monaten 1931 auf einen Gesamtwert von 270 Mill. Zloty gegen 526,1 Mill. Zloty in den ersten 10 Monaten 1930, so daß hier ein Rückgang um 49 v. H. vorliegt. Die wichtigste Warengruppe ist hier die der Lebensmittel, deren Ausfuhr nach Deutschland von 188,8 Mill. Zloty auf 104,8 Mill. Zloty zurückging, also um 45 v. H. In der früher zweitwichtigsten Gruppe Holz und Holzartikel dagegen trat infolge des Ablaufs des deutsch-polnischen Holzabkommens ein Rückgang von 131,2 Mill. Zloty auf 22,4 Mill. Zloty und somit um 83 v. H. ein. Die Ausfuhr von Metallen und Metallwaren nach Deutschland verminderte sich von 67,9 Mill. Zloty auf 40,4 Mill. Zloty, also um 41 v. H. Verhältnismäßig geringfügig waren die Rückgänge in der Ausfuhr von tierischen Produkten von 24,8 auf 20,0 Mill. Zloty, von Lebendvieh von 17,8 Mill. Zloty auf 16,7 Mill. Zloty und von anderen pflanzlichen Produkten von 20,8 Mill. Zloty auf 17,7 Mill. Zloty. Der Kuriosität halber sei die an sich völlig unbedeutende Gruppe Glas und Glaswaren erwähnt, in der die Ausfuhr nach Deutschland von 108 000 Zloty auf 149 000 Zloty gestiegen ist — es ist dies die einzige Warengruppe, die im gesamten deutsch-polnischen Handel eine Umsatzsteigerung erfahren hat.

Die Wohnungsnot in Polen.

Schon in Vorkriegszeiten wollten die Klagen über den katastrophalen Wohnungsmangel im Gebiet des jetzigen Polen nicht verstummen, die Hauptursache dafür sah man u. a. in der außerordentlich starken Bevölkerungszunahme. In der Kriegs- und Nachkriegszeit haben sich die Verhältnisse noch wesentlich verschlechtert. Nach der Volkszählung vom Jahre 1921 entfielen in Warschau auf ein Wohnhaus 93 Personen und auf eine Wohnung 4,68 Personen. Im Jahre 1927 entfielen auf ein Haus schon 130 und auf eine Wohnung 5 Personen. Im Jahre 1921 wurden 633 polnische Städte von 6 152 000 Personen bewohnt, im Jahre 1929 waren es schon 7 150 000. Rund eine Million Menschen waren innerhalb von acht Jahren hinzugekommen und stehen ohne Wohnungen da. Im Jahre 1921 wiesen nämlich die Städte 1 340 000 Wohnungen aus, bis zum Jahre 1929 waren 40 000 neue Wohnungen hinzugekommen, inzwischen waren aber 107 000 in Wegfall gekommen, wobei man von der Annahme ausgeht, daß jährlich nur ein Prozent der bewohnten Räume ausscheidet, d. h. also, wenn man die Lebensdauer eines Hauses mit 100 Jahren annimmt. Einem Bevölkerungszuwachs von 1 Million stand in den Städten also ein Wohnungsabgang von 67 000 gegenüber.

Nun ist eine Zahl von 5 Menschen auf eine Wohnung noch erträglich, vorausgesetzt, daß die Wohnung aus genügend Zimmern besteht. In dieser Hinsicht steht es in den polnischen Städten aber recht schlecht. In Warschau stellen Einzimmerwohnungen 39 v. H., in Lodz 59,4 in Tschenstochau 49,5, in Radom 48,3, in Lublin 47,5, in Wloclawek 45,2 und in Kielce 45 v. H. aller Wohnungen dar. Eine Ausnahme bilden die Westgebiete, wo der Wohnungsmangel niemals so scharf in Erscheinung getreten ist wie im Osten des Landes; in Posen = Stadt beispielsweise stellen Einzimmerwohnungen nur 10,7 Prozent aller Wohnungen dar. Die Bewohner von Einzimmerwohnungen bilden in Warschau 28,7 und in Posen 4,8 v. H. der Stadtbevölkerung. Unter den Großstädten Polens nähert sich nur Posen dem Stande in Westeuropa — ein Werk der preußischen Zeit!

Das Chaos des polnischen Eherechtes.

Ein grelles Schlaglicht auf die eherechtlichen Verhältnisse in Kongreßpolen wirft folgender Fall: Ein junges Mädchen, Maria Leszkiewicz, das dem orthodoxen Bekenntnis angehört, heiratete im Juni vorigen Jahres den gleichfalls orthodoxen Basil Dojlidzionek und wurde mit ihm in der orthodoxen Kirche getraut. Die Verwandten des Mädchens, das keine Eltern mehr hat, waren aber mit der Trauung nicht einverstanden und holten es mit Gewalt nach Hause zurück. Die Verwandten gehören dem römisch-katholischen Bekenntnis an. Nach kaum einem Monat veranlaßten sie die erneute Heirat der jungen Frau mit einem Katholiken Stanislaw Szuniewicz, und die Trauung wurde in der katholischen Kirche vollzogen. Trotzdem der katholische Pfarrer wußte, daß die junge Frau vor wenigen Wochen erst in der orthodoxen Kirche rechtsgültig getraut worden war, nahm er doch die Trauung vor. Die orthodoxe Kirchenbehörde machte den Staatsanwalt auf den Sachverhalt aufmerksam und ersuchte ihn, ein Verfahren gegen den katholischen Pfarrer zu eröffnen, der die spätere Trauung vorgenommen hatte. In diesen Tagen erhielt die Kirchenbehörde die Antwort des Staatsanwalts, in der er mitteilte, daß das Verfahren niedergeschlagen sei. Es lägen keine Beweise vor, daß der Pfarrer ungesetzlich gehandelt habe. Da die in der orthodoxen Kirche vorher geschlossene Trauung nach kongreßpolnischem Eherecht Rechtsgültigkeit besitzt, ist mit diesem Urteil eine Doppelehe gerichtlich gebilligt worden.

Wahlrechtsreform in Polen.

Im Verfassungsausschuß des Sejm wurde die Änderung der Wahlordnung besprochen. Die Zahl der Abgeordneten soll von 444 auf 260 verringert, das aktive Wahlrecht auf das 24. und das passive Wahlrecht auf das 30. Lebensjahr heraufgesetzt werden. Ferner wird in der neuen Wahlordnung den geistig und moralisch Minderwertigen sowie den verbrecherisch Veranlagten das Wahlrecht entzogen. Schließlich wird für den Wahlkandidaten ein bestimmter Bildungsgrad vorgesehen. **Aktive Offiziere und aktive Soldaten erhalten volles Wahlrecht.**

Die neuen Osthilfe-Finanzierungspläne.

Über den neuen Osthilfe-Plan erfährt man jetzt weitere Einzelheiten. Die grundlegende Änderung gegen den letzten Entwurf besteht darin, daß die Rentenbank-Kreditanstalt ausgeschaltet und daß der umzuschuldende Betrag von 800 auf 600 Millionen verringert werden soll. Von diesen 600 Millionen sollen 200 Millionen im Laufe von ungefähr eineinhalb Jahren bar aufgebracht werden, während 400 Millionen den Gläubigern in Form von Ablösungspapieren gegeben werden sollen. Diese Ablösungspapiere zerfallen in drei verschiedene Kategorien, nämlich in 100 Millionen Ablösungsscheine und 100 Millionen Verpflichtungsscheine, die entsprechend den Vorschriften des Osthilfe-Gesetzes nicht in den öffentlichen Verkehr kommen, sondern bei Sparkassen, Genossenschaften usw. verbleiben sollen. Endlich soll die Bank für Industrie-Obligationen 200 Millionen Obligationen ausgeben, für die eine hypothekarische Sicherung ermöglicht werden kann. Eine Mobilisierungsmöglichkeit für die von der Industriebank auszugebenden Papiere wird seitens der Reichsbank wie auch der Industriebank mit je 100 Millionen erwartet. Die Bereitschaft der Reichsbank und der Industriebank hierzu erscheine endgültig. Die Entscheidung über den ganzen Plan dürfte dieser Tage gefällt werden.

Die Sicherungs-Notverordnung hat im ganzen doch segensreich gewirkt. Denn ohne sie würde in diesen Wochen eine unübersehbare Flut von Zwangsversteigerungen und Zwangsvollstreckungen über das Land im Osten gehen. Die Gläubiger wären in den meisten Fällen, wo jetzt die Bestimmungen der Sicherungsverordnung eine Barriere legen, nicht zu ihrem Gelde gekommen; im Gegenteil, ohne die Verordnung hätten einzelne von ihnen durch rücksichtslosen Zugriff die Ansprüche der andern für immer vernichtet und dadurch erst den Kredit des landwirtschaftlichen Ostens auf absehbare Zeit zerstört. Die endgültige Lösung der Kreditfrage, die Wiederherstellung des Vertrauens in der ostdeutschen Landwirtschaft, wird zuerst davon abhängen, ob es gelingt, durch neue billige Personalkredite die künftige Ernte wirklich zu sichern, und ob es weiter gelingt, die Entschuldung der lebensfähigen Betriebe mit wirklich ausreichenden Mitteln zu einem guten Ende zu führen. Die ostdeuische Landwirtschaft wünscht keine Bevorzugung auf Kosten der übrigen Stände und Landesteile, aber sie ist sich dessen bewußt, daß sie mit ihrem Kern, der trotz allem gesund geblieben ist, eine der unentbehrlichen Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft darstellt, die sich künftig mehr als je zuvor auf die heimische Erzeugung, auf den inneren Markt, stützen wird.

Der Verrat von Neutomischel.

Der Verrat von Neutomischel hat jetzt noch ein Nachspiel gehabt. Auf den Studienrat Dr. C. A. Werner in Berlin-Steglitz, Björnsonstraße 29, wurde in der Nacht zum Freitag ein „Attentat“ verübt. Ein in Papier gewickelter großer Stein, an dem Feuerwerkskörper angebracht waren, wurde von der Straße aus durch die Scheiben geschleudert. Der Stein traf die Gardine, und die Feuerwerkskörper setzten die Gardine in Brand. Der Brand konnte schnell gelöscht werden. Auf dem Papier stand: „Morgen folgen Bomben.“ Die Gattin des Studienrats Werner hat einen Nervenschock durch die Aufregung davongetragen. — Studienrat Werner ist noch am Gymnasium in Weißensee und am Berliner Abendgymnasium beschäftigt.

Hierzu ist zu bemerken, daß weder der Verfasser der Broschüre „Wie Neutomischel polnisch wurde“, Herr Konrektor Paetzold, noch dessen Sohn, stud. phil. Gerhard P., mit dem „Attentat“ in Verbindung stehen, es weder verübt, noch veranlaßt haben; auch sind niemals von Paetzold oder Sohn Drohbriefe an Werner geschickt oder veranlaßt worden.

Im Prozeß Werner gegen Paetzold und andere Persönlichkeiten hat keine öffentliche Verhandlung stattgefunden. Keiner der Beschuldigten und Zeugen war geladen. Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat seinen, die Klage Werners ablehnenden Beschluß auf Grund einer Prüfung der Kriegsgerichtsakten gefaßt, und das Landgericht hat gleichfalls ohne öffentliches Verfahren dem Beschluß des Amtsgerichts zugestimmt.

Auf die Richtigstellung, die Studienrat Werner als Erwiderung auf einen Artikel im „Ostland“ 1931 Nr. 17 eingesandt hatte und die in Nr. 18 abgedruckt worden ist (da von seiten der Schriftleitung in das schwebende Verfahren nicht eingegriffen werden konnte), wird Herr Konrektor Paetzold antworten, sobald der Beschluß des Landgerichts rechtskräftig ist.

Aus der Bundesarbeit.

Versammlungskalender.

Ortsgruppe Berlin-Reinickendorf. Monatsversammlung am Donnerstag, 11. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Sadau in Reinickendorf-Ost, Residenzstraße 124.

Verein der Schönecker (Westpr.). Vereinsversammlung am 10. Februar, abends 8 Uhr, im Hotel Atlantik am Bahnhof Gesundbrunnen. Gäste willkommen.

Ortsgruppe Aschersleben. Nächste Versammlung am 8. Februar, 20½ Uhr, im „Schwarzen Bär“.

*

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Berlin-Ost hat ihre diesjährige Hauptversammlung am 15. Januar 1932 im Vereinslokal „Köpenicker Hof“ abgehalten. Nach Erstattung des Geschäfts- und Kassenberichts erfolgte die Wahl des Vorstandes. Danach setzt sich der Vorstand wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Herr Adolf Stephan, 2. Vorsitzender Herr Sauer, Schriftführer die Herren Böhmer und Schuster, Kassierer die Herren Vorhauer und Jacob, Vergnügungsleiter Herr Jacob, Kulturpfleger Herr Schuster, Beisitzer die Herren Eichler sen., Jacob und Hittel. Dem Vorstand gehört ferner an die Vorsitzende der Frauengruppe, Frau Stephan. Vertreter des Landesverbandes ist Herr Schuster, Rechnungsprüfer sind die Herren Stein und Radecke, Fahnenträger Herr Ernst Lange, Begleiter die Herren Freitag und Hämpfler. Nach Schluß des geschäftlichen Teils gab Herr Rezitator Bruno E. Walter wieder sein Bestes, diesmal im Gedenken an den bekannten Dramatiker Ernst von Wildenbruch. Wir hörten das „Hexenlied“, dann den Roman in Versen „Mamselle L'Affiche“ von Dr. Hans Brennert; eine Silvestererzählung „Der Tiger“ und „Krischan Roempagel in a Kunzert“ von Heinrich Seidel. Herr Bruno E. Walter erntete für seine meisterhaften Vorträge stürmischen Beifall. Die nächste Versammlung findet am Freitag, den 5. Februar 1932 statt.

Der **Verein ehem. Ostmärker** (Postbeamte aus den abgetretenen Gebieten) Ortsgruppe des Ostbundes, beging am 1. Januar im Logen-Restaurant, Charlottenburg, Berliner Straße 61, seine Weihnachtsfeier, die durch wirkungsvoll vorgetragene Musikstücke von Mitgliedern der Jugendgruppe eingeleitet wurde. Der Vorsitzende, Postsekretär Jäger, gedachte in seiner Begrüßungsansprache unserer lieben Landsleute jenseits der weißroten Grenzpfähle. Trotz aller Not der Zeit mahnte er zur Treue der Heimat, dem Vaterland, der verlorenen Ostmark gegenüber. Frl. G. Kiesel sprach den schönen Weihnachtsprolog von Anna Gründer. Nach einem gemeinsamen Gesang brachte Herr Jäger jun. „Ostmärkers Mahnruf“ zu Gehör. Daran schloß sich ein sinnvolles Weihnachtsstück „Des Vaters Schatz“, von Mitgliedern der Jugendgruppe flott gespielt. Nach einem Musikstück erschien Knecht Ruprecht, Kollege A. Schulz, früher in Posen, der Grüße von der alten Heimat überbrachte und die Kleinen durch süße Gaben überraschte und sie an den reich gedeckten Weihnachtstisch führte. Das alte Weihnachtslied „O du fröhliche, o du selige“ beschloß die eigentliche Feier. Ein sich daran anschließender gemütlicher Teil, der ausgefüllt wurde durch Tanz, Vorträge, eine humoristische Szene „Die beleidigte Telephonistin“, und eine Verlosung, hielt alle Mitglieder noch lange in froher Stimmung zusammen.

Landesverband Ostmark.

Die Ortsgruppe Frankfurt a. d. O. (Verein heimattreuer deutscher Posener) hielt am 19. Januar im Deutschen Heim ihre Monatsversammlung ab. Nach Erledigung der üblichen Vereinsangelegenheiten gab der 1. Vorsitzende, Landsmann Bartel, bekannt, daß unsere Heimatdichterin, Frl. Neumann, am 3. Februar hier im Konzerthaus Bellevue ein Gastspiel „Getreue Nupperschaft“ geben werde, und bat, dieses recht zahlreich zu besuchen. Weiter machte er auf unser Stiftungsfest, welches am 27. Februar im Ballhaus Sanssouci stattfinden wird, schon heute aufmerksam. In der nächsten Monatsversammlung wird Herr Major Diesterfeld über Polen sprechen. Ein Mitglied wurde neu aufgenommen. Durch Tod verloren wir ein liebes Mitglied, den Landmesser Herrn Wernike. Der Vorsitzende gedachte seiner in ehrenden Worten, und die Versammlung erhob sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen. Sodann berichtete ein Mitglied über die Kämpfe mit den Polen im Jahre 1919/20 zwischen Hohensalza bis Thorn, insonderheit über den Überfall auf Argenau am 17. Januar 1920. Der deutsche Grenzschutz sollte an diesem Tage die Stadt um 9 Uhr vorm. verlassen haben und die Polen um 3 Uhr nachmittags, also 6 Stunden später in die Stadt einmarschieren. Obwohl die Übergabe ohne jeden Kampf stattfinden sollte, griffen die Polen mit 50facher Übermacht schon morgens um 6 Uhr mit Maschinengewehren und Handgranaten an, wobei es zu einem ungleichen, furchtbaren Kampfe kam. Wie immer, so haben auch hier die Polen nicht Wort gehalten. Zum Schluß erfreuten uns noch die Herren Funk, Weidner und Stöckel mit recht netten ernsten und heiteren Vorträgen, wofür ihnen der Vorsitzende und die Mitglieder herzlich dankten.

Die **Ortsgruppe Küstrin** hielt am 12. Januar die sehr gut besuchte Jahreshauptversammlung im Vereinslokal ab. Der 1. Vorsitzende, Justizinspektor i. R. Herr Fitzner, begrüßte die Erschienenen. Der verstorbenen Landsleute wurde, wie üblich, ehrend gedacht. Herr Rektor Görke, Landsberg a. d. W., sprach über den Weichselkorridor. Der Korridor zerschneide urdeutsches Land. Die polnische Habgier erstrecke sich noch weiter auf die Freie Stadt Danzig und auf die Oder. Polen und Frankreich wollen ein **Ostlocarno** erzwingen. Der Redner, der für seine Ausführungen reichen Beifall fand, schloß mit der Mahnung, deutsches Recht im Osten nimmermehr aufzugeben. Hierauf folgten der Jahres- und Kassenbericht; Beanstandungen hierzu lagen nicht vor. Der 1. Vorsitzende dankte **dem** Redner für seine treff-

lichen Ausführungen, ebenso dem Gesamtvorstand für seine treue Mitarbeit. Dem 1. Vorsitzenden, Herrn Fitzner, wurde die Treunadel für seine zehnjährige rührige Tätigkeit, dem 2. Vorsitzenden, Herrn Schulz, dem 2. Schriftführer, Herrn Filbert, und Herrn Wilk für langjährige treue Mitarbeit die Ehrenurkunde des Deutschen Ostbundes überreicht. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt. Bei froher Stimmung blieben die Landsleute noch einige Stunden beisammen.

Die **Ortsgruppe Müncheberg** hielt am Sonntag, den 17. Januar, im Zentral-Hotel ihre Jahreshauptversammlung ab. Mit den besten Wünschen für die Mitglieder, den Verein und die Ostbundidee eröffnete sie der Vorsitzende, Lehrer Bösler. Mit dem Appell, trotz der Not der Zeit dem „Ostland" und Ostbund die Treue zu bewahren, klang die Begrüßungsansprache aus. Der Kassenbericht des Kassierers, Kaufmann Fritz, und der Jahresbericht des Schriftführers, Kaufmann Bloch, wurden genehmigt. Auf den neuen Heimatkalender wurde erneut aufmerksam gemacht, worauf noch einige Nachbestellungen erfolgten. Dann verlas der Vorsitzende die Rundschreiben 8—10. Mit Dank erkannten die Mitglieder die rührige und zielbewußte Tätigkeit der Bundesleitung an. Die nun folgende Vorstandswahl ergab folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Lehrer Bösler, 2. Vorsitzender und Schriftführer Kaufmann Bloch, Kassierer Kaufmann Fritz, Beisitzer prakt. Arzt Dr. Koch und an Stelle des aus Familienrücksichten ausgeschiedenen Oberpostsekretärs Stieler der Gärtnereibesitzer Hoppe. Nach Schluß des offiziellen Teiles blieben die Mitglieder noch eine geraume Zeit gemütlich beisammen.

Landesverband Vorpommern.

Ortsgruppe Oberhof. Herr Lubitz hat sein Amt als erster Vorsitzender niedergelegt. Herr W. Wraase in Oberhof ist sein Nachfolger.

Ortsgruppe Pyritz. In der Hauptmitgliederversammlung wurde der Landsmann Photographenmeister Sikorski (fr. Posen-Jersitz) einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Die **Ortsgruppe Stralsund** hielt ihre Jahreshauptversammlung am 12. Januar ab. Der 1. Vorsitzende, Herr Rektor i. R. Wenski, begrüßte die zahlreich Erschienenen mit warmen Worten. Darauf gedachte Redner der im Jahre 1931 verstorbenen Landsleute, zu deren Ehren sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben. Der Jahresbericht wurde von dem 1. Schriftführer, Sill, verlesen; aus ihm ist zu bemerken, daß die Ortsgruppe mit 163 Mitgliedern in das neue Geschäftsjahr hineingeht, und daß dank der umsichtigen Wirtschaftsführung des Kassenführers Hoffmann ihr neues Vereinsjahr in geordneten Verhältnissen auf fester finanzieller Grundlage beginnen kann. Bei der Vorstandswahl wurden Fitzke als 2. Vorsitzender, Sill als 1. Schriftführer und Henke als 2. Kassenführer einstimmig wiedergewählt, desgleichen sämtliche Beisitzer. Vereinslokal bleibt das Vereinsheim Mönchstr. 16. Die Monatsversammlungen finden an jedem zweiten Dienstag im Monat statt. Ein Kränzchen soll am 30. Januar im Hotel Brandenburg stattfinden. Der 1. Vorsitzende bat um recht zahlreichen Besuch der Monatsversammlungen.

Landesverband Freistaat Sachsen.

Ortsgruppe Leipzig. In dem Bericht über die Hauptversammlung ist unter den gewählten Vorstandsmitgliedern durch ein bedauerliches Versehen der Name Schwenzführer, Verwalter der Sterbekasse, vergessen worden, was hiermit nachgeholt wird.

Landesverband Bezirk Magdeburg.

Die **Ortsgruppe Magdeburg** hielt am 18. Januar im Hofjäger ihre Jahreshauptversammlung ab, auf welcher eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen war. Der 1. Vorsitzende, Herr Scheibner, wies mit passenden Worten auf die geschichtliche Bedeutung des Tages als Gründungstag des preußischen Königreichs und des zweiten deutschen Kaiserreichs hin. Es folgten verschiedene Mitteilungen über die Aufwertung der deutschen Vermögen in Polen, Entschädigungsfragen, Emigrantensteuer und ein Hinweis auf das Kappen- und Maskenfest am 13. Februar im Konzerthaus. Alsdann folgten in längeren Ausführungen die sorgfältig durchgearbeiteten Jahresberichte der Ortsgruppe, der Frauengruppe, der Jugend- und Theatergruppe, des Kassierers und der Kassenprüfer, die sämtlich ein erfreuliches Bild reger Vereinstätigkeit und geordneter Verhältnisse der Ortsgruppe ergaben. Auf Antrag der Kassenprüfer wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Ebenso wurden die satzungsmäßig ausscheidenden Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt. Die Begräbnishilfe für das Jahr 1932 wurde auf 60 M. je Sterbefall festgesetzt. Bei dieser Aussprache gedachte der Vorsitzende der im verflossenen Jahr durch den Tod abgerufenen acht Mitglieder, welche dem Deutschen Ostbund bis in den Tod die Treue gehalten haben. Als äußeres sichtbares Zeichen für zehnjährige treue Gefolgschaft konnte der 1. Vorsitzende in diesem Jahre über 20 Mitgliedern die Treunadel des Deutschen Ostbundes überreichen.

Landesverband Sachsen-Anhalt.

Die Ortsgruppe Dessau hielt ihre Jahreshauptversammlung am 17. Januar in der Wolfsschlucht ab, die sehr gut besucht war. Der 2. Vorsitzende, Landsmann Prill, erstattete den Jahresbericht, aus dem zu ersehen war, daß die Ortsgruppe mit neun Vorstandssitzungen, neun Mitgliederversammlungen und vier anderen Veranstaltungen recht rege gearbeitet hat. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer, Landsmann Kollwitz. Ihm sowie dem Gesamtvorstande wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Neuwahl hatte folgendes Ergebnis: Zum 1. Vorsitzenden wurden August Prill, zum 2. Vorsitzenden Franz Büttner, zum 1. Schriftführer Frau Margarete Schumacher, zum 1. Kassierer Friedrich Kollwitz jun., zum 2. Kassierer Friedrich Kollwitz sen. und zu Beisitzern Marohn und Pfahlert einstimmig gewählt. Die Gewählten dankten für das Vertrauen und nahmen die Wahl an. Die Geschäftsstelle befindet sich jetzt Friederikenplatz 39.

Landesverband Hannover-Braunschweig.

Ortsgruppe Bielefeld. Der Vorsitzende des hiesigen historischen Vereins, Professor Dr. Schrader, sprach am 10. Dezember 1931 über das deutsche Recht auf den Osten. Es war ein tiefes Erlebnis für die Ostmärker, einen Mann aus Westfalen in so erhebender Art und klarer wissenschaftlicher Durchdringung für den Osten sprechen zu hören. Prof. Dr. Schrader führte etwa folgendes aus: Unser Volk leidet an drei großen Wunden, die ihm für immer zu Todeswunden werden können. Es sind dies die Kriegsschuldlüge, die deutsche Wehrlosigkeit und die Zerreißung des Ostens. Wir würden als Volk zugrunde gehen, wenn wir nicht wieder den Lebenswillen hätten, uns für deutsches Land und vor allem für unser deutsches Recht auf den Osten einzusetzen. Die bewußten polnischen Angriffe und Fälschungen auf unser ostdeutsches Recht, besonders von Paderewski, Dmowski und Smogeczewski in der Welt verbreitet, zwingen uns zu höchster Bereitschaft der Abwehr, um aller Welt Deutschlands geschichtliches und kulturelles Recht auf seinen Osten nachzuweisen. Der bekannte Sozialist Lassalle hielt den polnischen Forderungen seinerzeit entgegen: Nur das Volk hat ein Recht auf den Boden, das ihm seine Kultur gibt und ihn nicht mit roher Gewalt an sich reißt! Nun: Deutschland hat im Osten die Kulturwerte geschaffen, daher sein Recht auf das Ostland. Wie die Entwicklung der kolonisatorischen Besiedlung und kulturellen Durchdringung durch das Deutschtum seit dem 12. Jahrhundert vor sich ging, führte der Redner auf rein geschichtswissenschaftlicher Grundlage aus. Nicht kriegerische Eroberung gaben dem Land Jahrhunderte hindurch das deutsche Aussehen. Die große deutsche Bauernbewegung hin zum Osten, der deutsche Städtebau, der christianisierende Ritterorden, die Tätigkeit der deutschen Hansa, Friedrich der Große, die Siedlungstätigkeit vor dem Kriege brachten die Kulturwerte ins Land, oft genug von den polnischen Fürsten begrüßt und gerufen. Was haben die Polen dem entgegenzustellen? — Nichts! — In allen Zeiten ist also das Recht auf seiten Deutschlands, und die tatsächlichen Zeugnisse deutscher Kultur lassen sich vor der Welt nicht mehr verwischen. Dies sei heut unsere Hoffnung in dem schweren Ringen um den deutschen Osten, dessen Schicksal auch entscheidend für die Existenz unseres gesamten deutschen Volkes und Vaterlandes sein wird. — Herzlich danken wir auch an dieser Stelle noch einmal Prof. Dr. Schrader und hoffen, daß wir ihn noch recht oft in unserer Ortsgruppe wiedersehen. Wir hatten an diesem Abend auch die Freude, seine Gattin als Gast begrüßen zu dürfen.

Landesverband Rheinland-Westfalen.

Die Ortsgruppe I Dortmund hielt am 10. Januar im Vereinslokale Nockerbeck ihre Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Herr Lehrer Sieg, der gleichzeitig Landesverbandsvorsitzender von Rheinland und Westfalen ist, berichtete über das verflossene Vereinsjahr und wies auf die Bedeutung des 10. Januar hin, an dem vor zwölf Jahren das Versailler Raubdiktat in Kraft getreten ist, nach dessen Bestimmungen unsere Heimat abstimmungslos an Polen fiel. Unsere Aufgabe sei es, rastlos wie bisher unsere ganze Kraft dem Ostbunde zur Verfügung zu stellen, denn nur dadurch könnten wir die Heimat wiedergewinnen. Starker Beifall folgte seinen Worten. Darauf erstattete der Schriftführer, Herr Arendt, den Jahresgeschäftsbericht. Herr Bleck, der sein zehnjähriges Jubiläum als 1. Kassierer der Ortsgruppe begehen konnte, gab den Kassenbericht. Beide Berichte zeigten deutlich, daß die Ortsgruppe trotz der wirtschaftlichen Not in organisatorischer und finanzieller Hinsicht auf der Höhe steht und dieses nur auf Konto der gerechten straffen Führung sowie der Opferfreudigkeit jedes einzelnen zu buchen ist. Im Auftrage der Ortsgruppe überreichte Herr Sieg dem für die Ostbundsache nie müdewerdenden 1. Kassierer, Herrn Maurermeister Hermann Bleck, als Zeichen der Anerkennung einen Becher nebst Inhalt und Widmung, wofür der Jubilar gerührt dankte und seine ganze Kraft wie bisher weiter dem Ostbunde zur Verfügung zu stellen versprach. Bei der nun einsetzenden Vorstandswahl wurden folgende Herren gewählt: 1. Vorsitzender Herr Lehrer Sieg, 2. Herr Schröder; 1. Schriftführer Herr Arendt, dessen Stellvertreter Herr Flader; Herr Bleck wurde 1. Kassierer, Herr Masella 2.; zum 1. Beisitzer wurde Herr Werner, 2. Herr Busse, 3. Herr Behlau gewählt. Fürsorgeleiterin: Frau Haberer. Nach der Wahl, die zur vollsten Zufriedenheit aller Anwesenden verlief, begrüßte Herr Sieg den neuen Vorstand und sprach die Bitte aus, weiter wie bis dato treu zur Fahne zu halten. Unter Punkt Verschiedenes wurden einige Rundschreiben der Bundesleitung verlesen und der Stand der Entschädigung erörtert. Der Heimatkalender, den Herr Bleck den Mitgliedern präsentierte, fand reißenden Absatz. Der 1. Vorsitzende der Gesangsgruppe des Deutschen Ostbundes, Herr Zöllmer, stellte den Antrag, daß obige Gruppe nach siebenjährigem Bestehen auch im Heimatkalender endlich verzeichnet werden sollte, welches allgemein begrüßt wurde. Zum Schlusse wurden noch einige interne Vereinsangelegenheiten erledigt und mit einem kräftigen „Ostheil" schloß Herr Sieg die Versammlung, die dann zum gemütlichen Teil überging.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Persönliches.

Rechtsanwalt Paul Lengsfeldt †.

Unsere Ortsgruppe Sangerhausen teilt im Anzeigenteil der heutigen Nummer mit, daß ihr Mitbegründer und Vorstandsmitglied, Rechtsanwalt und Notar Paul Lengsfeldt in Sangerhausen, früher Znin, am 17. Januar im 60. Lebensjahr gestorben ist. Wie treu er an seiner alten Heimat hing, beweist am besten seine treue Mitarbeit im Deutschen Ostbund, der die Ortsgruppe herzliche Dankesworte widmet, denen wir uns anschließen.

Lehrer i. R. Paul Koslowski †.

Mit dem Verstorbenen ist eine bekannte Persönlichkeit des Ansiedlungsgebietes in Westpreußen dahingegangen. Geboren am 21. April 1859 zu Pr.-Friedland, wurde er nach dem Besuch des dortigen Ev. Lehrerseminars 1879 Lehrer an der ev. Stadtschule zu Rehden, um dann zu Martini 1883 die Verwaltung der ev. Schule des Rittergutes Dembowalonka zu übernehmen. Hier hat er die Umwandlung des Gutes in die blühende Ansiedlergemeinde Wittenburg miterlebt. Es war im wesentlichen sein Verdienst, daß das Gut seinerzeit nicht in polnische Hände kam, sondern von der Ansiedlungskommission gekauft wurde. Neben seinem Schulamt war er Postagent und Organist, ferner Vorsitzender des Raiffeisen- und des Männergesangvereins. Als das Ev. Predigerseminar in W. errichtet wurde, war er bis zu dessen Auflösung auch hier tätig. Auch nach der Abtretung an Polen blieb K. zunächst in der rein deutschen Gemeinde. Im November 1921 verließ er die ihm in 38-jähriger Tätigkeit liebgewordene Wirkungsstätte. Er fand zunächst Zuflucht in Ellrich am Südharz, verwaltete dann für kurze Zeit noch eine Lehrerstelle in Einbeck, um nach seiner 1923 erfolgten Pensionierung in Ellrich seinen Lebensabend zu verbringen. Nach dem Tode seiner Frau wohnte er bei seinem Schwiegersohn, Konrektor Panknin, zunächst in Oberdorf, Kr. Nordhausen, und ab April 1931 in Viernau, Kr. Schleusingen, wo er am 28. Dezember 1931 gestorben ist.

*

Ehrung. Dem Hauptlehrer Georg Merke in Nachrodt (Westfalen), früher in Neu-Skalmierschütz, Kreis Ostrowo, dem langjährigen Kassenführer des Kriegervereins Nachrodt-Obstfeld, ist für seine dem deutschen Kriegervereinswesen geleisteten Dienste von dem Preußischen Landeskriegerverband in Berlin das Ehrenkreuz I. Klasse verliehen worden, nachdem er bereits vor 5 Jahren das Ehrenkreuz II. Klasse erhalten hatte.

Geboren: Ein Sohn: Herrn Rittergutsbesitzer Werner von Borck und seiner Frau Elisabeth, geb. von Scheele, Jadowniki, Kreis Znin; Herrn Lehrer Erich Kaschik, Posen. Eine Tochter: Herrn Lehrer Hermann Sommer in Graudenz; Herrn Studienrat Dr. Willy Schmidt in Frankfurt a. O.; dem Dr. med. Klabunde und Frau Elfriede, geb. Gesell, Marienfließ i. Pom.; früher Kobelnik, Kreis Strelno, und Gnesen, am 27. 1. 32.

Vermählt: Drogeriebesitzer Willy Hilburg in Herford i. W. mit der jüngsten Tochter Johanna des Schneidermeisters Hildebrandt, Lippehne NM., früher Kempen i. Posen, am 29. 1.

Goldene Hochzeit. Das Landwirt Johann Dittrich'sche Ehepaar in Garki bei Adelnau am 27. 12. 31; das Landwirt Bottek'sche Ehepaar in Perschau bei Schreibersdorf am 15. 1.; das August und Ernestine Wolke'sche Ehepaar in Wiosker Hauland bei Jablone am 13. 1.

65jährige Ehejubelfeier. Der preußische Ministerpräsident hat anläßlich der 65jährigen Ehejubelfeier am 27. Januar 1932 den Eheleuten Valentin und Marianne Henke, geb. Wisiorek, in Schneidemühl ein Geldgeschenk und ein Glückwunschschreiben überreichen lassen.

Diamantene Hochzeit: Die Hieronymus Jähnchen'schen Eheleute in Bruchdorf, Kreis Bomst, am 30. 1. (J. ist 1847, seine Frau 1850 geboren; aus der Ehe gingen zehn Kinder hervor, von denen fünf am Leben sind.)

Bejahrte Ostmärker: Landmann Dietrich I in Bellheim bei Hermersheim (Rheinpfalz), früher Posen (Mitglied der Ortsgruppe Frankfurt a. M.), am 15. 1. 70 J.; Landwirt August Bautor in Adelnau am 31. 12. 70 J.; Landwirt Karl Wygrala in Garki bei Adelnau am 29. 12. 70 J.; der frühere Beamte der Herrschaft Sartowitz, von Orlikowski, in Jungensand, Kreis Schwetz, am 10. 1. 90 J. (O., dessen Vater schon Beamter der Herrschaft Sartowitz war, ist Veteran von 1864, 66, 70 und 71, er ist noch verhältnismäßig rüstig); Frau Hedwig Wiesner in Görlitz, Gutenbergstr. 26, Ehefrau des früheren Fleischermeisters Adolf Wiesner, früher in Posen, Halbdorfstr. 10, am 7. 2. 70 J.; Landwirt Simon Rudolf, Marienburg (Westpr.), Nikolaus-Zellenstein-Straße, früher in Gurkingen, Kreis Schubin, am 16. 1. 78 J.; Landwirt Gottlieb Hinz, Marienburg (Westpr.), Elbinger Str. 472, früher Borowo, Kreis Culm, am 27. 10. 31 89 J.; Exzellenz Frau Elfriede Demuth, Ehefrau des verstorbenen Generalarztes Demuth in Frankfurt a. d. O. am 2. 2. 75 J. — In Nr. 5 muß es bei Otto Hirschfeld, Magdeburg, früher Jaroslawice b. Moschin, natürlich heißen: Kr. Posen-West, nicht Kr. Posen (Westpreußen).

Gestorben: Dr. phil. Herbert Wenzel in Frankfurt a. d. Oder am 29. 1. infolge Unfalls, 41 J.; Frau Admiral Käthe Hofmeier, geb. Krüger in Berlin, früher Danzig (Schwiegermutter des Staatssekretärs im Reichsministerium des Innern, Dr. Wilhelm Abegg), am 29. 1.; stud. jur. et phil. Kurt Schikora aus Frankfurt a. d. O. nach langer Krankheit und einer Operation in Agra bei Lugano (Schweiz) am 28. 1., 24 J.; Pianist Theodor Prusse in Frankfurt a. d. O. am 25. 1.; Justizrat Alfred Müller, Ehrenbürger der Stadt Demmin, in Berlin, Bleibtreustr. 32, am 23. 1., 79 J.; Frau Marie von Seydlitz in Frankfurt a. d. O., Schwester des Generalmajors a. D. v. S. in Reichenbach (Schlesien), am 25. 1. im Krankenhause in Frankfurt a. d. O., 65 J.; Rittergutsadministrator i. R. Hugo Coustaedt in Breslau, Tiergartenstr. 9 (früher Posen), am 23. 1., 79 J.; Oberpostschaffner Reinhold Rauhut in Witzenhausen (früher Moschin), am 20. 1., 68 J.; Frl. Benigna May aus Posen am 26. 1., 25 J.; Frau Johanna Straßburger in Schmiegel am 16. 1., 93 J. (Frau Str. hatte 6 Kinder, 25 Enkel und 17 Urenkel); Frau Emma Zitzke, geb. Borkenhagen, in Berlin (Mutter des Vorsitzenden unserer Ortsgruppe Groß-Hamburg und des Landesverbandes Wasserkante, Paul Zitzke, Hamburg), am 2. 2., 70 J. (siehe Anzeige); Major d. L. Hermann Saalmann, Christianstadt, Besitzer der Elektrizitätswerke und Naumburger Obermühlen, am 28. 1., 73 J. (das von ihm gegründete Elektrizitätswerk, das auch die Stadt Grünberg versorgt, war die erste Überlandzentrale in Preußen und die zweite in Deutschland).

*

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Grenzmark Posen-Westpreußen, Ostpreußen, mittlere Ostmark, Pommern und Schlesien.

Schönlanke. Die Ausstellung der Ostdeutschen Teppich-Heimknüpferei, die vor nicht langer Zeit in Schönlanke ins Leben gerufen wurde, um der notleidenden Bevölkerung eine neue Verdienstmöglichkeit zu erschließen, hat auf der „Grünen Woche" in Berlin einen vollen Erfolg erzielt. Die drei Stände mit den angefangenen und beendeten Teppichen sind stets dicht belagert. Das Interesse ist außerordentlich groß. Eins steht fest: Um den Absatz der Teppiche braucht der Schöpfer der neuen Heimindustrie im Netzekreise, Landrat Dr. Freiherr von Cornberg in Schönlanke, nicht bange zu sein. Es werden sicherlich weit mehr Teppichknüpferinnen als bisher Arbeit und Brot finden können, denn allein Berlin würde ein Vielfaches der bisherigen Produktion aufnehmen. Die Teppiche sind von einer außerordentlichen Schönheit, gerade ihre bodenständigen heimischen Muster finden, wie aus Äußerungen der Besucher der Stände hervorgeht, größten Anklang und Beifall. Man darf dem unternehmungslustigen Landrat des Netzekreises Glück dazu wünschen, daß er mit solchem Erfolge eine alte Heimindustrie wieder erwecken konnte.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen.

Posen. Von drei polnischen Banditen, die am 14. Februar 1931 den Landwirt Wawrzyn Kucz in Wladislawowo, Kreis Neutomischel, überfallen, erschossen und beraubt hatten, wurden Franz Waltrowski und Felix Binias zu je 13 Jahren, Sylvester Mackowiak zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt; die Untersuchungshaft wurde ihnen voll angerechnet. — Unterschlagungen im städtischen Pfandleihamt beschäftigten am 18. Januar die hiesige Strafkammer. Der frühere Beamte dieses Amtes, Bronislaw Braczkowski, wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung angeklagt, wurde beschuldigt, im Jahre 1930 erfundene Verpfändungen in das Magazinbuch eingetragen und Pfandsachen im Werte von 1735 Zloty unterschlagen zu haben. Er leugnete und behauptete, an seiner Stelle müßten Direktor Fischbach, der als Hauptzeuge geladen war, aber wegen Erkrankung sein Ausbleiben entschuldigt hatte, und andere Beamte auf der Anklagebank sitzen. Fischbach habe öfter Trinkereien mit Damen veranstaltet, wobei einmal kostbare Gegenstände verschwunden seien. Auf Veranlassung Fischbachs seien ein andermal Goldsachen in öffentlichen Lokalen verkauft und nachträglich durch minderwertige unechte Sachen ersetzt worden. Als Zeugen vernommene Beamte machten Aussagen, die ebenfalls ein ungünstiges Licht auf die Leitung der Pfandleihe und die dort herrschenden Verhältnisse warfen; u. a. wurde behauptet, selbst fremde Personen hätten freien Zutritt zu dem Magazin, auch zu den Abteilungen mit den Wertsachen, gehabt. Unter diesen Umständen glaubte das Gericht, auf die Aussagen Fischbachs nicht verzichten zu können und vertagte die Verhandlung. — Eine andere Skandalaffäre erregt hier Aufsehen. Dem „Posener Tageblatt" zufolge erhielten in letzter Zeit höhere Beamte und andere Persönlichkeiten der Stadt anonyme Briefe mit der Aufforderung, je 200 Zloty einzuschicken, da andernfalls die Briefschreiberin die Ehefrau des Empfängers über Beziehungen ihres Mannes zu ihr, der Absenderin, aufklären werde. Als

Briefschreiberin soll die Posener Lehrerin **Lewandowski** ermittelt und **verhaftet** worden sein, eine in Posen ziemlich bekannte Persönlichkeit, Tochter einer angesehenen Hausbesitzerin. Um die Behörden zu täuschen, soll sie zugleich Briefe an das Gericht geschrieben haben, in denen sie sich als ein Opfer von Erpressern bezeichnet.

Neutomischel. Vor dem Bezirksgericht Posen fand eine Verhandlung gegen den **polnischen Bürgermeister von Neutomischel, Konieczny**, statt, der beschuldigt worden ist, einen Meineid geleistet zu haben. Bürgermeister Konieczny hatte vor längerer Zeit einem deutschen Geschäftsmann, der gleichzeitig Hausbesitzer ist, eine polnische Optantenfamilie zugewiesen, die sich sehr auffällig benahm. Als der deutsche Hausbesitzer die Exmissionsklage anstrengte, erschien eines Tages der Bürgermeister, um das deutsche Geschäft auf seine sanitären Zustände zu untersuchen. Er erklärte, daß das Geschäft wegen Unsauberkeit sofort geschlossen werden müsse. Als der deutsche Besitzer Einspruch erhob, erklärte der Bürgermeister, **daß er sich dorthin scheren möge, wo er hingehöre.** Darauf erwiderte ihm der Deutsche, daß er ein deutscher Bürger polnischer Staatsangehörigkeit sei, daß er seine Steuern bezahle und sich in seinem eigenen Hause befinde, in dem er geboren sei und in dem er auch das Recht habe, zu bleiben. Der Bürgermeister ordnete die **sofortige Schließung des Geschäftes an.** In einem Prozeß, der dann gegen den deutschen Besitzer angestrengt wurde, hat der polnische Bürgermeister unter Eid ausgesagt, daß er von dem Deutschen beleidigt worden wäre. Daraufhin ist gegen ihn **Anklage wegen Meineids** erhoben worden. In der Prozeßverhandlung sagten zehn Zeugen übereinstimmend aus, daß die Angaben des Bürgermeisters unwahr gewesen sind. Der Staatsanwalt forderte nun die Bestrafung des Bürgermeisters nach dem Gesetz. Der polnische Verteidiger Rosner verteidigte den Angeklagten mit Ausführungen politischer Natur, die grundsätzliche Bedeutung haben. Der Verteidiger erklärte, daß der polnische Bürgermeister der deutschen Bevölkerung, die in Neutomischel herrschen wolle, nicht gefalle, und daß man ihn schädigen wolle, um im Auslande bekanntzumachen: „Seht, solch ein Bürgermeister ist in Polen möglich.“ Der Verteidiger beschuldigte die deutschen Zeugen, daß sie tendenziös ausgesagt hätten. Eine Verurteilung des Angeklagten wäre danach ein Triumph für die deutsche Minderheit und nicht nur eine Schande für den polnischen Beamtenstand, sondern auch für den polnischen Staat. Der vorsitzende Richter verkündete, ohne daß sich das Gericht zur Beratung zurückzog, sofort ein freisprechendes Urteil. Er erklärte in der Begründung, daß dem angeklagten Bürgermeister nicht bewiesen worden sei, daß er rachsüchtig gehandelt habe. Da die Zeugen tendenziös ausgesagt hätten, könne er nicht wegen Meineids verurteilt werden. Der Prozeß wird weiter durch die nächste Instanz geführt werden. — Das „Posener Tageblatt“ wurde wegen Wiedergabe dieses Berichtes beschlagnahmt.

Aus Westpreußen.

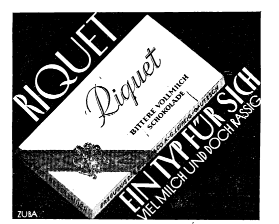
Dirschau. In Güttland kletterte beim Spiel ein 10jähriger Schüler auf einen Hochspannungsmast. Er kam mit der Starkstromleitung in Berührung und trug schwere Verbrennungen davon. Obwohl es durch einen Zufall gelang, die Leitung sehr schnell auszuschalten, sind die Brandwunden so schwer, daß an dem Aufkommen des Kindes gezweifelt werden muß.

Graudenz. Auf der Strecke nach Garnsee wurde zwischen Roggenhausen und Wossarken ein **Anschlag auf einen Personenzug** verübt. Unbekannte Täter legten einen Hemmschuh auf das Gleis. Da die Strecke stark ansteigt und zuerst ein berganfahrender Zug herankam, der die Steigung sehr langsam nimmt, mißlang der Anschlag. Die Lokomotive schob den Hemmschuh bis zur nächsten Station vor sich her, wo er entdeckt wurde.

Thorn. In Gostkowo bei Thorn wurde ein prähistorischer Friedhof aus dem 2. bis 4. Jahrhundert n. Chr. aufgefunden. Es handelt sich um **gotische Grabstätten.** Der Fund ist der größte germanische Gräberfund, der bisher im Korridorgebiet gemacht wurde. Er ist aber auch ein neuer Beweis dafür, daß **das Korridorgebiet auch vor der Ordenszeit jahrhundertelang von germanischen Stämmen bewohnt war.**

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Schluß der Inseraten-Annahme jeweils Mittwoch mittags 12 Uhr für die nächstfolgende Nummer.



Aufbaukredit
für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.
(Geschädigtenhilfe des Deutschen Ostbundes)
Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43, Tel. Steinpl. 8031

An- und Verkauf von
6% Reichsschuldbuchforderungen
Vermittlung von Darlehen auf Grund von geeigneten Sicherheiten
Beratung in Vermögensanlagen und allen Kreditangelegenheiten
Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Starke Preisermässigung!

Wir sind in der Lage, unseren Lesern folgende Bücher zu stark herabgesetzten Preisen anzubieten. — Bestellungen sind an die **Kulturabteilung des Deutschen Ostbundes, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43,** zu richten.

·················· Ausschneiden! — Als Drucksache senden! ··················

Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich:

..... Stck.	*Laubert:* Deutsch oder slawisch? gebd.	fr. 5,—	M.,	jetzt	**2,50**	M.
	brosch.	„ 3,50	„	„	**1,50**	„
..... „	Prachtwerk Ostmark (mittlere Ostmark und Grenzmark Posen-Westpreußen).	„ 4,—	„	„	**2,—**	„
..... „	*Braun, Lüdtke, Müller-Rüdersdorf:* Entrissene Ostlande. Reich illustriert	„ 8,—	„	„	**3,—**	„
..... „	*Lüdtke:* Grenzmark Posen-Westpreußen. Reich illustriert	„ 8,—	„	„	**3,—**	„
..... „	*Lüdtke:* Das Jahr der Heimat	„ 4,—	„	„	**2,75**	„
..... „	*Lüdtke:* Spuren des Lichts	„ 2,80	„	„	**1,85**	„
..... „	Ostdeutsche Dichterstimmen	„ 2,—	„	„	**1,—**	„
..... „	Ostbund-Liederbuch	„ 1,—	„	„	**—,50**	„

Sämtliche Preise zuzüglich Porto.

Bezahlung erfolgt: durch Nachnahme — durch Postanweisung — durch Postscheckkonto: Berlin 104726. (Nichtzutreffendes bitte durchstreichen.)

Name: ....

Wohnort: .... Straße: ....

Doppelexistenz
Zigarren, Weine, Spirituosen, **gutgehend,** besteht 25 Jahre, billige Miete, angrenz. Wohng., in best. **Verkehrs-,** Geschäfts- und Wohngeg., billig weg. and. Unternehmens zu verkaufen. **Altmann, Berlin,** Prinzenallee 82.

Siedlungsgrundstück
Einfamilienhaus, neue Gebäude, geringe Anzahlg., billigste Staatszinsen, grunderwerbssteuerfrei, 12 Morgen, verkäuflich. Auskunft: Gastwirt **Bock, Brück** (Mark).

Villenartiges
Mietshaus
Zehlendorf-Mitte, sofort **preiswert** verkäuflich. Schnell entschlossene Käufer anfragen unter **„Rex", Berlin-Zehlendorf, postlagernd.**

Verkaufen als Erben prima **Berliner**
Molkereimietshäuser
volkreicher Gegend, Geschäfte 30 Jahre bestehend, ab 1. April. Stallungen mit 3-3-Wohnungen frei. **Saul, Berlin SW. 68,** Zimmerstraße 84.

Achtung Landsleute! Ein eingerichtetes
Geschäft
in guter Lage, Ausbau zur Bäckerei, mit Wohnung sofort zu beziehen. Bäcker bevorzugt. Erforderlich 3000—5000 M. Kapital wird mit guten Zinsen sichergestellt. Offerten unter 2373 an das Ostland erbeten.

Schöne kl. Landwirtschaft
mit vollem lebenden u. toten Inventar in der Altmark, Bahnstation, **sofort zu verkaufen.** Näheres unter 2365 an das Ostland erbeten.

Wer verschafft Ostmärker einen kleinen
Leer-Laden
m. Wohnung für Maßschneiderei? **Friedrich Werner, Berlin,** Danziger Str. 87, bei Thiele.

Pr. Klass.-Lotterie
Lose 5. Kl.
Lüttich Staatl. Lotterie-Einnahme
Stettin, Augustastr. 8 (früher Hohensalza.)

Ostmärker! **Provisionsfrei!**
Glänzende Existenzen!

	Anz. M
Geschäfts- und Wohngrundstück mit erstklassigem Wirtschaftsartikelgeschäft i. Kreisstadt d. Mark, etwa 50 km von Berlin, Nähe des Marktes . .	30 000
Geschäftsgrundstück in reizendem thür. Städtchen von zukunftsreicher Entwicklung, besonders geeignet für ein Schnittwaren- u. Restegeschäft — jedoch läßt das Grundstück auch die Einrichtung eines jeden anderen Geschäftes zu	7 000
Zuckerwarenfabrik mit Ladengeschäft, in bester Geschäftslage Rostocks, sichere Einnahmequelle garantiert	15 000
Geschäftshaus mit Glas-, Porzellan, Emaillewaren usw., Engros- u. Detailgeschäft, verbunden mit großem Speicher, in Rostock	30 000
Verkäufl. Zweifamilien-Wohnhaus i. Zwickau, i. bester Verkehrslage, etwa 1000 qm; etwa	10 000
Gutshof mit erstklassigem Bauterrain i. bester Stadtlage von Zwickau, gute Verdienstmöglichkeit durch eine Parzellierung des Geländes, etwa 10,34 Hektar groß	30 000
Komfort-Villenbesitzung i. Friedrichroda (Thür.), Kauf-, Tausch- oder Pacht-Gelegenheits-Angebot . . . bei monatl.	150
Wohn- u. Geschäftshaus (Manufaktur-, Weiß- und Wollwaren) in der Altmark, an Hauptverkehrsstraße in konkurrenzloser Gegend d. Ortes	6 000
Bäckereigrundstück m. Kolonialwarenhandlung im schönsten Stadtteil v. Sommerfeld, einschließl. großen Obst- u. Gemüsegartens, 1500 qm . . .	5 000
Villengrundstück für Privat-, Pensions- oder Logierhauszwecke in bekannter Fremdenverkehrsstadt des Eulengebirges, in landschaftlich ausgesuchter Lage, am Fuße eines Berghanges . . . . . ca.	15 000
Verkäufl. Wassermühlengrundstück m. Sägewerk und Landwirtschaft im Kreise Crossen a. d. O., zum Grundstück gehören 39 Morgen gut. Mittelboden und 16 Morgen fruchtbare Wiesen; Antrieb von Mühle und Sägewerk durch Wasserkraft	15 000
Landhaus u. Pensionsgrundstück in bek. Höhenluftkurort des Thür. Waldes, direkt a. Hochwald, m. gut gepflegt. Gartenanlagen	7 300
11 Morgen große Geflügelfarm, etwa 21 km v. Leipzig, idyllisch am Walde gelegen	30 000

Gärtnerei-Grundstück Bad Freienwalde, Bahnhofsnähe, Wohnhaus, viel Stallung, Hühnerfarm, 2 Morgen groß, Pachtpreis monatl. nur 140 M.

Geben Sie uns Ihre **speziellen** Wünsche an und verlangen Sie **kostenlos** unsere illustrierten Prospekte mit ausführlicher Beschreibung.

KOCH & Co., Berlin W 10
Dörnbergstraße 1. Tel.: B2 Lützow 5933.

Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 — Fernruf: C 1 Steinplatz 8031 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau. — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 68, Zimmerstraße 7/8.